

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.40 Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Koll und Feit'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 10. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Kampf um die Erwerbslosenunterstützung.

Neuer Antrag der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die Verordnung der Regierung, die die Höhe der Erwerbslosenunterstützung um 10 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger, um 15 Proz. für die Alleinlebenden erhöht...

Inzwischen hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, wie schon gestern früh hier angekündigt wurde, beschlossen, ihre Aktion fortzusetzen.

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ermahnen:

1. Die Verordnung betreffend Erwerbslosenfürsorge vom 9. November 1926 dahin abzuändern, daß die Bezüge der Hauptunterstützungsempfänger um 30 Proz. (statt um 15 bzw. 10 Proz.)...

2. Zur Deckung der dadurch entstehenden Mehrausgaben ist erforderlichenfalls die durch die 14. Notverordnung über die Börsenumsatzsteuer (Ermäßigung von Steuern) vom 29. April 1926 eingetretene Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer aufzuheben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat damit bewiesen, daß sie ihrer Verantwortung sich voll bewußt ist. Sie stellt nicht nur Forderungen, sondern sorgt auch für die Deckung.

Der Rest der Anträge zur Erwerbslosenfürsorge wurde auf eigenartige Weise erledigt, da sich nur Sozialdemokraten und Kommunisten an den Abstimmungen beteiligten.

Für einen kommunistischen Antrag, dem Arbeitsminister Dr. Brauns ein Mißtrauensvotum auszusprechen, stimmten nur die Antragsteller. Die Deutschnationalen enthielten sich.

Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Taktik, aus der Regierung und den bürgerlichen Parteien im Sinne ihrer Forderungen soviel herauszuholen, als möglich ist.

Kommunisten und Bötsche hatten gestern im Reichstag noch zwei Mißtrauensanträge eingebracht, diesmal gegen die Gesamtregierung.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Wie bereits gestern angekündigt worden ist, ist die Reichsregierung sofort zum Vorgehen in der Frage der Erwerbslosenfürsorge zu beraten.

Reichstags für die gestern beschlossene Erhöhung um 30 Proz. für die Hauptunterstützungsempfänger und um 20 Proz. für die Familienzuschläge nicht vorhanden ist.

Im Wege der Verordnung die Unterstützungssätze um 15 und 10 Proz. zu erhöhen.

Heute vormittag haben die Reichsratsausschüsse dem Vorschlage der Regierung ihre Zustimmung erteilt und daraufhin ist die Verordnung heute mittag mit mir vollzogen worden.

Mussolinis neuester Gewaltstreich.

Alle Oppositionsabgeordneten ihrer Mandate beraubt.

Rom, 9. November. (W.B.) Die Kammer nahm den Antrag Turatis an, der die Abgeordneten der Avenin-Opposition und die Kommunisten ihres Mandats verlustig erklärt.

Ueber keinen noch so empörenden Gewaltstreich Mussolinis darf man sich mehr wundern. Man muß sich darauf beschränken, den jeweiligen Zweck zu enthüllen.

Das Ziel, das Mussolini durch den gestrigen Beschluß der Kammer verfolgt, ist ganz klar: er will die Möglichkeit haben, die nicht-faschistischen Abgeordneten jederzeit zu verhaften.

Der gestrige Beschluß der Faschistenkammer betrifft nicht nur die Sozialisten, Maximalisten und Kommunisten, sondern auch die Demokraten, die Republikaner, die Katholiken und sogar den größten Teil der Liberalen.

Der Verlauf der Sitzung.

Rom, 9. November. (E.P.) Zur außerordentlichen Kammer Sitzung für die Annahme des Gesetzes über die Todesstrafe erschienen alle faschistischen Abgeordneten heute auf Befehl des Generalsekretärs der Partei im Schwarzhemd.

Vor der Sitzung ereigneten sich in den Wandelgängen einige Zwischenfälle mit oppositionellen Abgeordneten, u. a. wurde der maximalistische Abgeordnete Bazzari gezwungen, sofort das Parlamentsgebäude zu verlassen.

Als sich der Beifallssturm gelegt hatte, sagte der Kammerpräsident Casertano, diese eindrucksvolle Rundgebung erübrige

Die Regierung will ohne Verzug einen Gesetzentwurf vorlegen, demzufolge die Bezüge aus der Wochenhilfe und Fürsorge nicht auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet werden.

Mussolinis neuester Gewaltstreich.

jede Rede. Die historische Stunde erfordert zudem nicht Worte, sondern Taten.

Hieraus verlas der Kammerpräsident den von Turati eingebrachten Antrag, wonach die Aveninabgeordneten ihrer Mandate für verlustig erklärt werden.

Mit 293 gegen 10 Stimmen

wurde beschlossen, sofort in die Beratung des Antrages einzutreten. (Die Gesamtzahl der gewählten Abgeordneten beträgt 510! Red. d. B.)

Es wurde mit 295 gegen 8 Stimmen die sofortige Behandlung der Anträge beschlossen. Alsdann begann die Diskussion des von Turati eingebrachten Antrages, der ein Verzeichnis der Aveninabgeordneten verlas, denen ihr Mandat entzogen werden soll.

Auch die Schandgesetze genehmigt.

Ein Rückzug vor dem Ausland.

Rom, 9. November. (W.B.) Die Kammer nahm den Gesetzentwurf zum Schutze des Staates bei namenloser Abstammung mit 341 gegen 12 Stimmen an.

Der Artikel, nach welchem ein italienischer Bürger oder ein Ausländer ein von dem Gesetzentwurf vorgesehenes Verbrechen auf ausländischem Gebiet begehen würde, dem Gesetze gemäß im Königreich abgeurteilt werden sollte, obwohl er schon im Auslande abgeurteilt sei, wurde aus dem Text des Gesetzentwurfes entfernt.

Rundfunkrede Otto Brauns.

Zum 9. November.

Der preussische Ministerpräsident, Genosse Otto Braun, hielt am Dienstagabend im Berliner Rundfunk eine Rede über die historische Bedeutung des 9. November. Er erinnerte daran, daß dieser Tag für viele den Tag des Zusammenbruches und des Niederganges darstelle, während er für die anderen den Anbruch eines neuen Zeitalters bedeute. Wie man aber auch den Tag beurteilen möge, so müsse doch Allgemeinempfindung werden, daß er ein Schicksalstag des deutschen Volkes war, der eine Geschichtsepisode abschloß, um eine neue zu eröffnen. Was in Deutschland zusammenfiel, war nur ein politisches System, nicht aber ein Volk!

Dieses deutsche Volk hat in den furchtbar und grauenhaft schweren Jahren des Krieges, die ihm Blutopfer und Opfer an jeglicher Lebenskraft in einem Umfang auserleget haben, wie es die europäische Geschichte seit den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges nicht mehr gekannt hat, eine moralische Größe und Ausdauer gezeigt, die deutlichher als alle anderen geschichtlichen Leistungen den unwiderlegbaren Beweis für seine ungebrochene sittliche Kraft und seine Lebensfähigkeit erbracht hat. Ein Volk, das so zu kämpfen und so zu leiden verstanden hat, kann nicht aus der Weltgeschichte ausgelöscht werden und hat noch längst nicht die Höhenstufe seines Lebensweges erreicht.

Wir Deutsche haben im erbitterten Meinungsstreit der letzten acht Jahre gelernt, gerecht zu sein und die Dinge objektiv zu betrachten. Waren wir gerecht und vernünftig wir das, was heute ist, einmal ohne Voreingenommenheit zu sehen, so mühten wir zugeben, daß seit dem 9. November 1918 ungeheuer viel Positives und für das ganze deutsche Volk Wertvolles geschaffen worden ist. Der Wiederaufstieg Deutschlands ist heute keine Phantasie und kein optimistisches Traumgebilde mehr. Deutschland steht heute wieder geachtet unter den Nationen da. Hat es auch noch sehr schwer wirtschaftlich zu kämpfen, so teilt es dieses Geschick mit anderen ehemals reichen Staaten, weil eben ganz selbstverständlich der Krieg den Wohlstand der Nationen triß, und fünf Jahre des Konzentrierens aller sonst produktiven Industrien nur auf das Verdienen und Menschenmorden mindestens 50 Jahre des Wiederaufbauens bedingen.

Deutschland stand 1918 haarsträubend am Rande des Abgrunds. Die Reichseinheit, dieser kostbare Besitz aller Deutschen von Ost und West und Nord und Süd, war mehr als gefährdet; das Auseinanderfallen des Reiches in zahlreiche Stammesbestandeile, der Verlust großer und hochwertiger Gebiete im Westen bis zu völliger Auscheidung aus dem deutschen Kulturkreis schien unabwendbar; die Wirtschaft war fast vernichtet, innerpolitisch schienen die Zustände zur Anarchie zu treiben. Unter dem gemeinsamen schützenden Dach der jungen im Moment der verzweifeltsten Lage des Landes geborenen deutschen Republik hat das deutsche Volk in unendlich schwerem Kampf mit zusammengefaßten Kräften seine Reichseinheit festgehalten und damit den Bestand und die Fortdauer des Ganzen für immer gewährleistet. Es gab für uns kein Verzeihen und kein Versinken in die Nacht der Finsternis, aus der Staaten nicht wieder aufstehen. Neue Kräfte und neue Ideen, eine neue Staatsform und neue staatspolitische Grundanschauungen, die dem ganzen Volke die aktive Mitarbeit am Wachsen und Arbeiten der Nation sichern wollen, sind auf den Plan getreten.

Nicht innerlich zusammengebrochen, sondern nur elastischer geworden und angefüllt mit neuen starken Impulsen sind wir aus der Katastrophe des 9. November hervorgegangen. Mehr und mehr muß und kann somit den Deutschen aller Parteilichheiten und aller politischen Lager der 9. November, der einem Teil von ihnen die Erinnerung nur an Niederbruch und Schmach zu sein schien, zum Erinnerungsdatum des gleichzeitigen entschlossenen sich Wieder-aufrichtens und zum Ausgangspunkt neuen staatlichen und politischen Lebens werden.

Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot.

Eröffnungsvorstellung mit Krach.

Das „Deutschbanner Schwarz-Weiß-Rot“, die größte Gegen- gründung gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, ist gestern in den Kammersälen mit großem Krach ins Leben getreten. Gegen einander standen der Biling-Kapitän Ehrhardt und der all- deutsche Major v. Sodens fern. Ehrhardt vertret seine bekannten neuen Ansichten, die ein Abweichen vom äußersten Rechtsradikalismus bedeuten. Sodens fern predigte dagegen die unbedingte Opposition. Ehrhardt, zu dem die Biling- und Olympia-Leute in deutscher Mannestreu stehen, hatte den größeren Beifall. Aber der unparteiische Zuhörer schied mit der bangen Zweifelsfrage, welcher von beiden wohl der größere politische Hanswurst sei, der Major oder der Kapitän.

Neudeutsche Edeldinge.

Verleumder, Schimpfer und Diebe.

Bodum, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der völkische Agitator Justizinspektor Woz aus Bodum hat seinerzeit den preussischen Innenminister Severing beschuldigt, der Urheber eines Mordes zu sein, der in der Nähe von Bodum an einem ehemaligen Mitglied einer rechtsradikalen Organisation begangen wurde. Später wurde die Tat durch die Kriminalpolizei einwand- frei als Fehememord festgestellt. Woz hatte aber öffentlich geäußert, Severing habe den ermordeten jungen Mann auf dem Ge- wissen, er müsse dafür an den Strick. Den Verleumdungsprozess verstand Woz bis zur Hindenburg-Amnestie hinzuziehen, so daß er frei ausgeht. Dagegen wurde er jetzt im Disziplinar- verfahren wegen dieser Verleumdung und wegen anderer Vergehen seines Amtes entbunden und ihm jeder Anspruch auf Pension aberkannt.

Gegen den Amtsgerichtsrat Beinert in Bernigerode war ein Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden, weil er in mehreren Bismarck-Gedenkstücken den ermordeten Erzberger als den größten Lumpen der Welt- geschichte bezeichnet, und die Republik und ihre Minister beschimpft hat. Der Staatsgerichtshof hatte trotz erfolgter Strafanzüge eine Anklage auf Grund des Republikshüh- gesezes abgelehnt. Das Disziplinargericht hat jetzt gegen den Amtsgerichtsrat Beinert nur auf Strafverfehlung erkannt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende keine Anfrage eingebracht: In einem Verfahren wegen Unterschlagung gegen einen Angestellten der Finanzkasse Gotha ist fest- gestellt worden, daß der Finanzkassier Selber zu Partei- zwecken der Rationalsozialistischen Partei ent- nommen worden sind. Die Leiter der Finanzkasse, der Regie- rungsrat Jangermeister und der Obersteuerinspektor Schmalzer, die in diesem Verfahren als Zeugen vernommen wurden, sind vom Ge- richt nicht verurteilt worden, da sie der Teilnahme an der Unter- schlagung verdächtig sind. Beide Beamte sind noch im Amt.

W dem Reichsfinanzminister dieser Sachverhalt bekannt und was gedenkt er zu tun, um diese Mißstände zu beheben?

Admiral Graf Beatty, Erster Lord der Admiralität, Chef des Generalstabes der Marine, hat nach siebenjähriger Amtstätigkeit sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Er führte die englischen Schlachtkreuzer in der Schlacht am Stogeratz.

Bayern und der Finanzausgleich.

Ziel: Menderung der Reichsverfassung.

München, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag trat der bayerische Landtag zu seiner Winternotung zu- sammen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die in Gegen- wart sämtlicher Minister und des volkseigenen Hauses abgegebene Regierungserklärung zum Finanzausgleich.

Finanzminister Dr. Krausnick legte die Stellung der Regierung in einer längeren Rede dar, in der er zunächst der verhältnismäßig günstigeren Lage der Reichsfinanzen die katastrophale Lage des bayerischen Staatshaushalts gegenüberstellte, der für das Jahr 1926 ein Defizit von rund 60 Millionen aufweist und für das Jahr 1927 einen noch größeren Fehlbetrag erwarten läßt. Würde der Rese- rententwurf über den Finanzausgleich Gesetz, so ergäbe sich für Bayern sogar ein Fehlbetrag von 117 Millionen Mark. Die Schuld an dieser Defizitwirtschaft sieht der bayerische Finanzminister ausschließlich in dem schematisch ausgebauten Finanz- ausgleich, wobei er außerdem behauptete, daß alle gegen die Finanz- gebärung der Länder vorgebrachten Einwendungen sich im Kern als eine Irreführung der öffentlichen Meinung erwiesen hätten. Die Unhaltbarkeit des Finanzausgleichs zeige sich immer klarer auch darin, daß weite Kreise des deutschen Volkes ziemlich unerschüttert das innenpolitische Ziel der finanziellen Aushungerung und Aushöhlung der Länder erstreben. Dieses Ziel habe die bayerische Staatsregierung bei den Verhandlungen in Berlin mit allem Nachdruck bekämpft und eine grundsätzliche Mende- rung des bestehenden Systems verlangt, das in einer klaren Schei- dung der Aufgaben und Zuständigkeiten des Reiches und der Länder besteht. Wenn sich die bayerische Regierung trotzdem mit einer kurzen Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs einverstanden erklärt habe, so habe sie gleichzeitig nachdrücklich das Ersuchen gestellt, möglichst bald die Verhandlungen über die

grundsätzliche Lösung des Problems aufzunehmen; die bayerische Re- gierung werde hierzu an die Reichsregierung mit bestimmten Vor- schlägen herantreten. Der bayerischen Regierung erheime es aus- geschlossen, mit der bisherigen Regelung sich auch nur ein weite- res Jahr abzufinden.

In einer besonderen Erklärung befaßte sich dann der Minister- präsident Dr. Held mit der politischen Seite des Finanzausgleichs. Er forderte mit noch viel schärferen Worten als der Finanzminister ebenfalls eine klare Aufteilung der Aufgaben des Reiches und der Länder und damit der Steuerquellen, was nur möglich sei durch eine Menderung der Artikel 4 und 5 der Reichsver- fassung. Der bisherige schematische Finanzausgleich sei über- haupt kein Ausgleich, sondern führe direkt zur Bergewaltigung der Einzelstaaten. Durch eine Menderung der Artikel 6 bis 10 der Reichsverfassung müßten die Länder für die ihnen über- tragenen Aufgaben eigene Verwaltungen und eigene Steuererhebung erhalten. Das sei das Grundproblem des gegenwärtigen Kampfes um den Finanzausgleich, bei dem es sich um Leben oder Tod der Länder handle. Der Kern dieses Grund- problems sei eine neue Staatenentwicklung im Deutschen Reich, und der Finanzausgleich sei das Instrument dazu. Das bayerische Volk habe den absoluten Willen zu einer eigenen Staatlichkeit und Bayern werde sich in keiner Weise zur Provinz herabwürdigen lassen. Es wird ein Staat bleiben und hat daraus ein gewichtiges Anrecht. Die bayerische Staatsregierung wird diesen Kampf mit aller Energie führen und, wenn sie dazu gezwungen werden sollte, in diesem Kampfe bis zu den äußersten Konsequenzen gehen. Sie fordert ein eigenstaatliches, lebensfrohes und lebens- starkes Bayern in einem starken, wiedererstandenen, geschlossenen Deutschen Reich.

Richter der Republik.

Ein Vortrag des Reichsgerichtspräsidenten Simon.

München, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) In Anwesen- heit der Spitzen der bayerischen Staatsbehörden — vier Minister waren erschienen —, sämtlicher Präsidenten der bayerischen Gerichte und der Oberstaatsanwälte, sprach am Dienstagabend in der Uni- versität Reichsgerichtspräsident Simon im Kreise der Studien- gesellschaft über die Vertrauenskrise in der deutschen Justiz. Simon verzichtete darauf, eine erschöpfende oder auch nur gründliche Untersuchung des für das deutsche Richteramt außer- ordentlich heiklen Themas zu geben. Er zeigte lediglich schlaglicht- artig einen Teil der Ursachen des verschwundenen Vertrauens in die Justiz. Leider arbeitete er dabei außerordentlich mit einerseits- andererseits und manche seiner Formulierungen mit politischem Ein- schlag schienen mit Rücksicht auf die Umgegend gewählt zu sein.

Die Krankheitsercheinungen in der Justiz, so führte er aus, zeigten sich in der Ziviljustiz ebenso wie in der Strafsjustiz. Trotzdem sollte das deutsche Volk zufrieden sein, daß es in dieser Zeit der internationalen Geldgier und der Korruption noch ein unabhängiges Richteramt habe. Von der größten Gefahr sei das poli- tische Richteramt. Eine bewußte Rechtsbeugung der Richter aus politischen Gründen hält Simon für völlig ausge- schlossen. Allerdings käme manchmal ein hoher Grad mangelnder Verantwortung des heiligen Richters vor, ein Mangel, der seine Wurzel in der uralten Auffassung eines großen Teiles der Richterschaft von dem heutigen Staat habe. Nachdem aber der neue Staat sich durchgesetzt habe, sei das Richteramt in die republi- kanische Verfassung eingebunden. Die Richter dürften sich deshalb in ihrer Rechtsfindung auch niemals solcher Argumente bedienen, wie sie z. B. in der Denkschrift der bayerischen Regierung gegen die Weimarer Verfassung vorgebracht sind, auch wenn sie als Staatsbürger und Volksgenossen auf dem Boden dieser Denkschrift stehen. Die Weimarer Verfassung sei durchaus wert, daß man sie verteidigt, trotz ihrer mannigfachen Ideologie, ja sogar Phrasologie. Dagegen habe er immer bedauert, daß sich ein Republi- kanischer Richterbund aufgetan habe. „Wir brauchen keinen republikanischen Richterbund, denn wir sind alle republikanische Richter der Republik und sprechen Recht im Namen der Republik.“

Zur Frage des Vorwurfs der Klassenjustiz erklärte der Vortragende, daß dieser Vorwurf falsch und unbegründet sei, soweit er subjektiv gerichtet ist. Kein deutscher Richter werde falsch urteilen, weil der Angeklagte einer anderen Klasse angehört. In diesem Zusammenhang meinte Simon, er sehe nicht ein, warum es nicht auch sozialdemokratische Richter geben solle. Außerlich sehe man nichts im Wege, wohl aber könnten innere Hemmungen bestehen. Seit Ebert sei die Sozialdemokratie aus der Geschichte des deutschen Volkes und Deutschen Reiches nicht mehr wegzudenken. Die Sozialdemokratie stelle sich aber immer wieder auf den Standpunkt des Marxismus und des Klassenkampfes. Leider vergaß der Vortragende, die Theorie des Klassenkampfes, so wie er sie aufstellt, näher zu erläutern.

Zum Schluß erhob Simon noch scharfen Protest gegen alle Bestrebungen, die auf Kampf und Umsturz der Verfassung abzielen. Die Arbeit des deutschen Richterturns müsse gerade darauf gerichtet sein, die Justiz zu einer Hauptstütze des Staates zu machen.

Zum Zensurgesetz.

Am Dienstag beschäftigten sich die Regierungsparteien in einer interfraktionellen Sitzung noch einmal mit den Hauptbestimmungen des Zensurgesetzes. Die Auffassungen der Regierungsparteien über die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes sind nicht einheitlich. In der Deutschen Volkspartei neh- man neuerdings zu einer erweiterten Reichspräsidenten- wäh- rend die Länderpräsidenten fallen gelassen werden sollen.

Die Archive öffnen sich.

Nordamerika folgt England.

New York, 9. November. (WTB.) Wie amtlich bekannt gegeben wird, erscheint der erste Band der Publikation der diplomatischen Korrespondenz des State Department (Auswärtigen Amtes) während des Weltkrieges voraussichtlich am 1. Juli 1927. Der zweite und dritte Band wird bis 1. Januar 1928 der Öffentlichkeit übergeben werden. Die drei Bände enthalten die sich auf den Weltkrieg beziehenden Urkunden aus den Jahren 1914/1915 und sind als Ergänzung der diplomatischen Korrespondenz des State Department gedacht, welche die Jahre 1914 bis 1916 umfaßt, aus der jedoch sämtliche den Weltkrieg betreffenden Dokumente herausgelassen worden waren. Wann die Akten aus den Jahren 1917 bis 1919 veröffentlicht werden, ist in der amtlichen Notiz nicht erwähnt.

Unterbrechung der englischen Verhandlungen

Unstimmigkeit zwischen Generalrat und Bergarbeiter

London, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Der plötzliche Stillstand der Verhandlungen, der am Montagabend eintrat, ist darauf zurückzuführen, daß die Bergarbeiter die mit den Verhandlungen betrauten Mitglieder des Generalrats bei Baldwin desavouiert haben. Während der Generalrat die Frage der Arbeitszeit der distriktweisen Regelung überlassen wollte, bestanden die Bergarbeitervertreter darauf, daß der bisher geltende Siebenstundentag einen der Punkte bilden müsse, die in sämtlichen Distriktsabkommen gleichmäßig zu regeln wären. Da sich die Mitglieder der Bergarbeiter angesichts der bisherigen Beschlüsse ihrer Delegiertenkonferenzen außerstande erklärten, irgendeine Regelung zu erörtern, die direkt oder indirekt eine Durchbrechung des Siebenstundentages zur Folge hätte, die Regierung jedoch von den Vertretern der Bergarbeiter völlige Ber- handlungsfreiheit als Grundlage für die Fortsetzung for- derte, wurden die Verhandlungen zeitweise unterbrochen. Die Mitglieder der Exekutive werden nunmehr an die am Mittwoch wieder zusammentretende Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter herantreten, um sich gegebenenfalls von ihr völlig freie Hand für die folgenden Besprechungen mit der Regierung geben zu lassen.

Es kann nicht gelugnet werden, daß diese Entwicklung zu einer ersten Bestimmung zwischen Generalrat der Gewerkschaften und der Bergarbeiterexekutive geführt hat. Auf eine Frage, ob der Generalrat der Gewerkschaften nach der Meinung der Exekutive der Bergarbeiter seine Vollmachten in den Verhandlungen mit der Regierung überschritten hätte, antwortete Coal unmissverständlich, er könne nur soviel sagen, daß die Bergarbeiter den mit den Verhandlungen mit der Regierung betrauten Mitgliedern des Generalrates keinerlei Vollmachten erteilt hätten, die Exekutive der Berg- arbeiter auf eine Zustimmung zu einer längeren Arbeitszeit festzuliegen. Das Schicksal der weiteren Verhandlungen liegt nun- mehr bei der Delegiertenkonferenz.

Tagesordnung der nächsten Ratsession.

Neue Beamtenanstellungen. — Danziger und Saar- fragen.

Genf, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Tages- ordnung für die nächste Tagung des Völker- bundesrates am 6. Dezember stehen folgende wichtigere Punkte: Ernennung und Beförderung von Beamten des Sekretariats (in erster Linie kommen die neuen deutschen Beamten in Frage); Beschleunigung der Ratifikation von internationalen Abkommen; Flüchtlingsverfugung; Finanzlage und Anleihe der Freien Stadt Danzig; Sicherung des Eisenbahnverkehrs im Saargebiet (Rückzug der französischen Truppen); ferner Berichte über die Ab- rüstungs- und Wirtschaftskonferenz und ein Bericht des Finanzkomitees über die internationale Bekämpfung von Bank- notenfälschungen. Das Rejetat über die Vorbereitung der Wirtschaftskonferenz obliegt dem deutschen Ratsmitglied.

Marokko soll ausgebeutet werden.

Unentgeltliche Phosphatlieferung verlangt. — Das Beispiel des deutschen Reparationsstoffes.

Paris, 9. November. (WTB.) Der Abgeordnete Cassa net hat eine Entschließung eingebracht, des Inhalts, von der marokkanischen Scherifenregierung eine jährliche Abgabe in Höhe von 1 Million Tonnen Phosphaten in natura zu verlangen, welche den fran- zösischen Kleinbauern zur Verfügung gestellt werden sollen. In der Begründung gibt der Abgeordnete an, die Phosphatbergwerke in Marokko seien Eigentum der Scherifenregierung, welche sie für eigene Rechnung ausbeuten könne. Aber wenn man sich die Frage vorlege, was aus der Scherifenregierung geworden wäre, wenn die Franzosen ihr nicht Unterstützung gewährt hätten, säme die Abgabe als ganz natürlich. (1) Ein Präzedenzfall sei übrigens darin gegeben, daß die französische Eisenindustrie den Vorteil genossen habe, aus Deutschland zu außerordentlich herabgesetztem Preise Koks zu beziehen.

Der frühere kommunistische Abgeordnete Weber (Speyer), ein Bruder des der Wedding-Opposition angehörenden Berliner Kommunisten Weber, wurde auf sein Ansuchen von der sozialdemo- kratischen Fraktion des Bayerischen Landtags als Mitglied aus- genommen. Weber wurde im April 1924 in seiner pfälzischen Heimat auf der Liste der SPD, in den gegenwärtigen Landtag gewählt. Er trat im März d. J. wegen grundsätzlicher politischer Differenzen aus der kommunistischen Landtagsfraktion aus und ist seit drei Monaten Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Bezirk Pfalz. Die sozial- demokratische Fraktion des Bayerischen Landtags umfaßt durch Beitritt Webers nunmehr 25 Abgeordnete.

Krisenfürsorge oder Erwerbslosenfürsorge?

Verlängert die Bezugsberechtigung!

Der Reichsarbeitsminister hat bei dem Presseempfang am Montag u. a. ausgeführt, daß die Frage der Ausgesteuerten erst Ende November brennend würde, weil die große Erwerbslosigkeit Ende November 1925 eingetreten habe. Bis Ende dieses Monats würde jedoch die Vorlage über die Krisenfürsorge in Kraft sein.

Nach diesen Darlegungen könnte man annehmen, daß die Anzahl der Ausgesteuerten bis jetzt eine sehr geringe ist. Wir besitzen allerdings keine Statistik über die Anzahl der Ausgesteuerten. Wir haben aber Zählungen über die Anzahl der unterstützten Erwerbslosen auf der einen Seite und auf der anderen Seite über die Anzahl, der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen. Diese letztere Zahl dürfte annähernd die Anzahl der tatsächlich Erwerbslosen darstellen.

Nach der letzten veröffentlichten Zählung waren am 15. Oktober 1828 924 Personen bei den Arbeitsnachweisen eingetragen. Am gleichen Datum bezogen rund 1 300 000 Personen als Hauptunterstützungsempfänger Erwerbslosensunterstützung. Rund 530 000 Personen waren wohl arbeitslos, bezogen jedoch keine Unterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge. Wieviel von diesen 530 000 ausgestellt waren, wieviel davon aus anderen Gründen keine Unterstützung erhielten, ist uns nicht bekannt. Man darf aber ohne Heberdreihung annehmen, daß mindestens die Hälfte von den 530 000 Personen keine Unterstützung bezogen, weil sie ausgestellt waren.

Der Reichsarbeitsminister ging nämlich bei seiner Erklärung davon aus, daß die Erwerbslosenfürsorge wohl nur 39 Wochen dauert, daß aber von der Kamm-Vorschrift, bis zu 52 Wochen Erwerbslosensunterstützung zu zahlen, von den Landesarbeitsämtern im allgemeinen Gebrauch gemacht werde. Aber gerade darüber fehlt jeder Nachweis. Es ist zweifellos, daß unter den Ausgesteuerten sich nicht nur solche befinden, die 52 Wochen Unterstützung bezogen, sondern auch solche, denen die Unterstützung nur 39 Wochen zugewilligt worden ist.

Rum will der Reichsarbeitsminister, da er ja gleichfalls anerkennt, daß die Frage mindestens Ende dieses Monats brennend würde, eine sogenannte „Krisenfürsorge“ einführen. Wir würden also

neben der Erwerbslosenfürsorge eine Wohlfahrts-pflege und neben dieser eine Krisenfürsorge haben, die ja wohl nicht immer es darauf angelegt haben werden, einander die Unterstützten abzugeben. Man kann vielmehr annehmen, daß diese nebeneinander wirkenden Einrichtungen jede für sich bestrebt sein wird, die Unterstützten in die anderen Fürsorgestellen abzuschieben. Es wird Bestimmungen über Auszahlung und Verteilung der Erwerbslosenfürsorge geben, es wird Bestimmungen geben über die Bezugsberechtigung usw. der Krisenfürsorge, und es gibt Bestimmungen und eine ganz unübersichtliche Prognis in der Wohlfahrts-pflege. Nach der Vorlage des Reichsarbeitsministers über die Krisenfürsorge wird diese sich vor allen Dingen bemühen, möglichst hohe Barrieren zu errichten, um es den Ausgesteuerten so schwer wie möglich zu machen, Anteil an der Krisenfürsorge zu haben. Lediglich dieses Bestreben erklärt, warum der Reichsarbeitsminister nicht einfach die Bezugsdauer der Erwerbslosenfürsorge verlängert und statt dessen eine neue bürokratische Einrichtung schafft, die die Fallstricke für die Erwerbslosen nur noch vermehrt.

Der Reichsarbeitsminister scheint auch das Bestreben zu haben, das künftige Arbeitslosenversicherungsgesetz nicht zu sehr zu belasten. Wenn nämlich alle Arbeitslosen einen Anspruch auf sozusagen unbegrenzte Bezugsdauer auf Erwerbslosensunterstützung haben, dann würde, so glaubt der Reichsarbeitsminister, die Belastung eine zu große werden. Dieser Auffassung kann man allerdings nur zustimmen, wenn man erstens annimmt, daß das Reich keine Verpflichtung habe, Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung zu leisten, wie es dies jetzt schon bei der Altersversicherung tut, und wenn man zweitens annimmt, daß die jetzige Krise überhaupt nicht zu beheben ist.

Wir brauchen nicht zu betonen, daß wir in beiden Punkten anderer Meinung sind. Auf jeden Fall aber kann man die Erwerbslosen nicht einfach verhungern lassen. Man muß sie irgendwie unterstützen, ob das nun aus den Mitteln der Krisenfürsorge, der Erwerbslosenfürsorge oder der Wohlfahrtspflege geschieht. Und deshalb ist es einfacher und vernünftiger, statt einen neuen Apparat aufzusetzen, die Unterstützungsdauer der Erwerbslosenfürsorge zu verlängern.

Beilegung des österreichischen Telegraphenkonsflikts.

Wien, 9. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis von Verhandlungen zwischen Vertretern der Technischen Union und der Regierung war, daß am Dienstag mittig die passiv Resistenz der technischen Staatsangestellten abge sagt wurde. Da aber die Regierung hinsichtlich der Erhöhung der Nebengebühren nicht nachgegeben hat, haben die Vertreter der Angestellten der Regierung erklärt, für ihre Forderung bei dem nächsten günstigen Zeitpunkt unter Umständen schon während der Weihnachtszeit, wieder in den Kampf einzutreten. Eine Vertrauensmännerversammlung billigte diese Haltung der Unterhändler. Die Arbeiter des Münzamtes konnten allerdings nur mit Mühe vom Streik zurückgehalten werden.

Wie man Arbeitervertreter in Mexiko empfängt.

Mexiko, 9. Nov. (W.B.) Die Kammer hat beschlossen, Botschaften an die Parlamente von Deutschland, Argentinien, Großbritannien, Polen und Schweden zu senden, in der sie ihre Freude über die Anwesenheit von Arbeitervertretern dieser Länder ausdrückt. Diese Vertreter, deren Besuch einem Studium der mexikanischen Arbeitsverhältnisse gilt, sind Gäste der Regierung.

Die Löhne in den Vereinigten Staaten.

Washington, 8. November. (W.B.) Handelssekretär Hoover hat Teile seines Jahresberichts veröffentlicht, worin er wiederum die Notwendigkeit betont, jede Verschwendung zu vermeiden. Die Löhne im Jahre 1926 verhielten sich zu denen von 1913 wie 238:100, während die Großhandelspreise durchschnittlich nur auf 150 ständen. Diese Zahlen beweisen die gleichzeitige Zunahme der Löhne bei sinkenden Preisen, ein Zustand, der in England nicht vorhanden sei. Hoover führt diesen Vorprung der Vereinigten Staaten auf die zweifelhafte Verwaltung der Eisenbahnen und die ungeheure Entwicklung der elektrischen Industrie zurück, die beide imstande seien, ihre dem Konsum geleisteten Dienste bei verminderten Preisen zu liefern.

Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 30 Prozent.

New York, 9. November. (W.B.) Nach Reibungen aus Virginien wird auf Grund besonderer Vereinbarungen eine allgemeine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne um 30 Proz. vorgenommen werden.

Mitglied Zimmerer! Die Baustelle Kastenburger Straße der Firma Louis Fraas u. Co., Gera, Bureau: Berlin, Kodenbergerstr. 3, ist gesperrt. Die Firma weigert sich, die zum Tariflohn erforderlichen Zuschläge zu zahlen. Der Maurerpolitier Liebe hat in Gegenwart der Unterkommission den dort beschäftigten Zimmerer am 9. d. M., trotz der berechtigten Forderung, sofort entlassen. Kameraden, übt Solidarität; meidet die Firma Fraas u. Co.! Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin und Umgegend.

999. Metallarbeiter! Donnerstag abend 7 Uhr Fraktionsversammlung in den Kuffertillen, Köpenicker-Str. 11. Die Tagesordnung ist sehr wichtig und erlaucht uns um vollständige Teilnahme aller Gewerkschaften. Der Fraktionsvorsitzende: ...

Jugendgruppe des A.D.A. Heute, Mittwoch, 7 1/2 Uhr, legen folgende Delegationen: Kreuzberg: Jugendheim Kogelstr. 12. ...

Berantwortlich für Vorkrieg: Dr. Carl Gees; Wirtschaft: Klaus Gehrman; Gewerkschaftsdemokrat: ...

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Am Sonntag hielten die Berliner Fabrikarbeiter ihre ordentliche Generalversammlung ab, um den Geschäftsbericht der Ortsverwaltung für das dritte Quartal entgegenzunehmen. Nachdem der erste Beauftragte Gen. Rücker der verstorbenen Mitglieder gedacht und dem Genossen Dähnmann einen Nachruf gewidmet hatte, führte er zum Geschäftsbericht aus, daß ein Rückgang der Zahl der arbeitslosen Mitglieder zu verzeichnen sei. Daran sei jedoch keineswegs auf eine allgemeine Besserung unserer Wirtschaftslage zu schließen, da die Krise im wesentlichen eine Inlandsabfrage ist, nur behoben werden kann durch Erhöhung der Kaufkraft der Massen, das heißt durch Erhöhung der Löhne, Einreichung möglichst vieler Arbeitslosen in den Produktionsprozeß und ausreichende Unterstützung der verbleibenden Erwerbslosen. Das von den Gewerkschaften beantragte Arbeitszeit-Rotgesetz sei zu begrüßen. An die Mitglieder richtete er den dringenden Appell, Überstunden nur in den allerdringendsten Fällen zu leisten.

Rücker besprach dann die Erfolge der gewerkschaftlichen Kampfbewegung. Während er lebend hervorhob, daß der „Vorwärts“, wie es stets geschieht, auch in der Kampfbewegung die Gewerkschaften ganz besonders unterstützt und gefördert hat, bewies er an Hand zahlreicher Zitate, daß die „Rote Fahne“ selbst in der Kampfbewegung die Gewerkschaften und ihre Führung auf das gemeinste beschimpfte und das Vertrauen zu den Gewerkschaften zu untergraben suchte. Er richtete an die kommunistischen Teilnehmer der Versammlung, unter denen ein betrübendes Schweigen herrschte, die Aufforderung, auf ihre Presse einzumischen, daß sie sich in Zukunft anders einstellt. Aus dem Rassenbericht, den der Kassierer Genosse Kühle gedruckt vorlegte, ist zu entnehmen, daß sich auch die Finanzen der Zahlstelle wesentlich gebessert haben.

In der Diskussion verjagten einige kommunistische Redner die Wirkungen der Ausführenden Ruckers abzuschwächen, indem sie ihr übliches Phrasengeflügel an den Mann zu bringen versuchten. Sie fanden jedoch keinen Resonanzboden. Sie legten eine

ellenlange Resolution vor, die sich mit dem Fürstenergleich beschäftigte, aus welcher der Satz ... dagegen wird dem mutigen Kampf der kommunistischen Landtagsopposition als ein gutes Stück Klassenkampf volle Anerkennung gezollt. ... stürmisches Geklapper hervorrief. Mit ihnen rechneten Thomas und der Goulette Kohl in vorzüglicher Weise ab. Namentlich Kohl hielt den Kommunisten einen Spiegel vor, aus dem die grenzenlose Zerfahrenheit und Zerstückelung dieser Partei hervorging.

Der Antrag der Resolutionen auf Entlastung des Kassierers fand einstimmige Annahme.

Bei der mehrertrags, deren erster die schnelle Einberufung eines Verbandstages, ein zweiter die Einreichung der Arbeitslosen in den Verband und drittens die Einberufung eines Kongresses der Werktätigen durch den A.D.A. forderte, verfielen gegen eine kleine Minderheit der Ablehnung.

Bezüglich des „Kongresses der Werktätigen“ machte Kühler auf die Nr. 45 des Verbandesorgans „Der Proletarier“ aufmerksam, aus dem hervorgeht, daß alle Mitglieder, die diesen Kongreß fördern oder an ihm als Delegierte teilnehmen, den Ausschluss aus der Organisation zu erwarten haben.

Abwehrstreik bei dem Fuhrunternehmer Fedtenhauer.

Die Kutscher und Arbeiter des Fuhrbetriebes Fedtenhauer, Reichenberger Straße 84, stehen seit Dienstag früh in einem Abwehrkampf. Die Firma hat zwei Kutscher, die es ablehnten, über die tariflich festgesetzte Zeit hinaus den sogenannten Sonntagsdienst zu verrichten, kurzerhand gemahregelt, indem sie verfügte, daß diese Kutscher eine Woche lang aussitzen sollten. Die Arbeiter nahmen darauf in einer Betriebsversammlung sofort zu dieser rigorosen Maßnahme der Firma Stellung und beschlossen, einmütig sich mit den Gemahregelten solidarisch zu erklären. Die vom Verkehrsverband abgegebene Erklärung, sich zur Beilegung dieser Differenz zur Verfügung zu stellen, wurde von dem Unternehmer brüsk abgelehnt mit der Bemerkung, sie, die Firma, mache in ihrem Betriebe, was sie wolle. Auf Grund dieses Vorganges gilt der Betrieb Fedtenhauer für organisierte Kutscher und Arbeiter als gesperrt.

BILLIGE-ANGEBOTE

Gardinen

Edelgardinen 75	Füllgarnituren 275
Etamin-Halbstores 150	Füll-Halbstores 295
Madras dunkelgrünig 245	Bettdecken 675

Portieren-Garnitur rein Messing, ca. 150 cm lang, 30 mm Durchmesser ... 1 95

Möbel- und Dekorationsstoffe

Bedruckter Satin 95	Dekorationsstoff 375
Möbelrips in vielen Farben 190	Gobelinstoff 390
Möbelrips in Anthrazit 295	Mofette aparte Muster 575

Wachstuch 165	Senftermantel 225
Barchent 195	Series 390

Teppiche

Prima Velours schöne Muster
Größe ca. 135/200 cm 30 00
Größe ca. 185/230 cm 42 50
Größe ca. 200/300 cm 65 00
Größe ca. 250/350 cm 100 00

Pa. Wollperser mit Franzen, extra schwer, neue Muster
Größe ca. 150/250 cm 42 50
Größe ca. 200/300 cm 68 00
Größe ca. 250/350 cm 102 00
Größe ca. 300/400 cm 136 00

Vorlagen

Pa. Bouclé Gr. ca. 4 35 Gr. ca. 6 00
Pa. Velours Gr. ca. 6 00 Gr. ca. 7 50
Pa. Wollperser 8 25 18 2

Decken

Diwandeden 1200	Stoppdecken 1175
Fischdecken 775	Stoppdecken 1675
Woll-Diwandeden 2800	Reisdecken 1650

Schlafdecken wollgerichtet, gute Qualität 5 90

Linoleum Bettstellen

Linoleumläufer 215	Metallbettstellen 1390
Linoleumläufer 410	Metallbettstellen 2250
Inlaid-Vorlagen 475	Ruhebetten 7250 8750

Linoleum gemästert, 2 1/2 cm breit 275
Ruhebetten in solider Verarbeitung, mit Holz 3250 4250 5250

HERMANN TIETZ

Theaterkassen

Kartenverkauf für Theater und Varietés
Leipziger Straße Alexanderplatz Frankfurter Allee
Kurfürstendamm 23

Unsere Revolutionsfeiern.

Der 9. November vereinigt Jahr um Jahr die Parteigenossen, um des Tages zu gedenken, an dem jahrelanges Morden zu Ende ging...

Im dichtgefüllten großen Saal der Sophienfäle hielt der Kreis Mitte seine Revolutionsfeier ab. Die Bühne war mit roten Tüchern und roten Fahnen sehr wirkungsvoll geschmückt.

Der 4. Kreis, Prenzlauger Berg, hielt seine Feier in den Prachtfölen am Märchenbrunnen ab. Nach den einleitenden Worten des Kreisvorsitzenden Genossen Dönert brachte der Männergesangsverein Prenzlauger Berg die Freiheitslieder „Krönt den Tag“ und „Ich warte Dein“ zu stimmungsvollem Vortrag.

In Charlottenburg und Wilmersdorf gestaltete sich die Revolutionsfeier zu einer mächtvollen Kundgebung für die zu erstrebende sozialistische Republik. Lange vor Beginn der Versammlung war der Spieghelsaal bis zu den Emporen besetzt.

Eine stille, schlichte Geburtsstagsfeier war es, die der Bezirksbildungssekretär der SPD, Sieglitz am Festtag der Republik bringend, kein freudiges Fest im allgemeinen Sinne, sondern ein tiefes, stilles Gedenken der Vergangenheit mit all ihrem tieftraurigen Erleben und einem feierlichen Geloben ehrlicher Treue und Kraftentfaltung für die Zukunft.

den „Meisterfingern“ leitete den Abend ein. Franz Fischer rezitierte mit schöner Begeisterung Dichtungen von Heine, Hoffmann und Turgenjew. Genossin Klara Bohm-Schuch gedachte in warmempfundeneren Worten vor allem derer, die am Bau des freien Tempels gehofft und ihre Bereitschaft mit dem Leben bezahlt haben.

Die Aule in der Kaiserin-Augusta-Strasse zu Tempelhof war überfüllt. Handels Largo, gespielt von Paul Friedrich, eröffnete die Feier. Chöre umrahmten die Ansprache des Genossen Alwin Saenger-Rünchen, M. d. R. Er gedachte der Geburtsstunde der deutschen Republik. Drei Kaiserreiche lagen am Boden, Reiche, die ihren Völkern den geringsten Anteil am politischen Leben des Staates gestatteten.

Die Reutöllner Genossen begingen ihre Revolutionsfeier in dem renovierten Saal der Städtischen Lichtspielhauses. Auf Antrag unserer Fraktion hatte die Bezirksverordnetenversammlung die Verträge des Lichtspielhauses kündigen lassen. Es soll nun ein Vortrag- und Aufführungsraum für die Bevölkerung werden.

Der 17. Kreis feierte den Gedenktag der Revolution im Festsaal des Cäcilien-Anzeigers in Lichtenberg. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Saal war entsprechend der Bedeutung des Abends reich mit roten Fahnen und gleichfarbigen Girlanden geschmückt. Eingeleitet wurde die Feier durch den Prolog „Die Toten an die Lebenden“ von Ferdinand Freiligrath und ein Trio für Celli, gespielt vom Liebermann-Trio.

Die Parteigenossen von Reinickendorf trafen sich zur Revolutionsgedächtnisfeier in den Hubertusfälen am Bahnhof Schönholz. Ein Kammermusikquartett des Deutschen Musikerverbandes brachte Musik alter und neuer Meister vollendet zu Gehör.

„Das letzte Mittel.“

Der Schulkart schützt den prügelnden Lehrer.

Erziehung durch Prügel gilt immer noch vielen Eltern und Lehrern als unbedenklich. Wenn nichtprügelnde Eltern gegen einen prügelnden Lehrer sich an seine Dienstbehörde wenden, können sie es erleben, daß dem Lehrer von dort aus noch Schutz gewährt wird.

So erging es im Verwaltungsbezirk Schöneberg auch einem Elternratsmitglied, einem in der Kinderfreundeorganisation tätigen Genossen. Gegen einen im Friedenauer Bezirksteil an der 18. Gemeindefschule angestellten Lehrer Franke reichte er eine Beschwerde ein, weil ein ihm bekannter Knabe in der Schule geprügelt worden war.

Soll es wirklich immer so bleiben? Die von fortgeschrittenen Lehrern und Eltern getragene, immer weiter um sich greifende Bewegung, die eine Neugestaltung des Schulwesens erstrebt, wird aus unseren Schulen auch die Gewaltpädagogik hinausbringen.

Die Wunder der Klara van Haag.

9] Von Johannes Buchholz.

Aus dem Dänischen überfetzt von Erwin Magnus.

„Es gehören zwanzigtausend Kronen dazu, um die Sache aufzuwiegen. Soviel beträgt Petreas Erbe. Mindestens.“ Dies „mindestens“ erfüllte Hedwig mit neuem Zorn, der ihr letztes Lächeln gefrieren ließ.

„Ach, sie ist ja verrückt und sieht Gespenster. Jetzt kommt sie her und stört unsere gute Stimmung.“ Rein, die Stimmung war nicht so gut wie früher. Jetzt klingelte es. Jemand kam, um aufgenommen zu werden.

Es wäre ja denkbar, daß er jetzt, wo er keinen Ausweg mehr sieht, ins Wasser gesprungen ist. Wird Hedwig ihre Stellung behalten dürfen, wenn der Rat die Geschichte zu fassen bekommt? Solche bitteren Gedanken macht Frau Egholm sich, während sie in ihrem Haar wühlt und sich mit ihren Kochgeräten beschäftigt.

Sturm auf die Staatswirtschaft.

Unternehmerverbände gegen die öffentliche Wirtschaft.

Unter Führung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes veranstaltet die Gesamtheit der Spitzenverbände der deutschen Unternehmer in Landwirtschaft, Industrie, Handel, Import und Export und Versicherungswesen heute eine Kundgebung gegen die Betätigung der öffentlichen Hand in der Wirtschaft. Man zielt planmäßig darauf ab, die gesamte Öffentlichkeit gegen jede wirtschaftliche Betätigung des Reiches, Staates und Gemeinde einzunehmen. Nebenher sollen selbstverständlich auch die Genossenschaftsorganisationen ihr Teil abgeben. Sinn der ganzen Kundgebung ist, die in Interessentkreisen seit langem gepflogenen Erörterungen zu einem Sturmangriff gegen die Gemeinwirtschaft überhaupt zusammenzuführen.

Die Arbeiterschaft hat an dieser Kundgebung ein besonderes Interesse. Auf ihrer Dresdener Tagung versuchten die deutschen Industriellen zum Ausdruck zu bringen, daß sie gewillt seien, in der Politik ein Stück Weges mit der organisierten Arbeiterschaft zusammenzugehen. Inhalt und Ton der heutigen Kundgebung werden beweisen, ob es in den einfachsten wirtschaftspolitischen Dingen auch nur einen schwachen Steg von der Auffassung der Unternehmer zu der der Arbeiter gibt.

Nicht immer ist das Unternehmertum staatsfeindlich. Man braucht nur den Nachtragsetat, der kürzlich dem Reichstag zugegangen ist, durchzublättern, um deutlich zu erkennen, wie das Unternehmertum die wirtschaftliche Betätigung des Reiches begrüßt, wenn sie ihm zugute kommt. Da werden 15 Millionen Mark neue Kredite für die schon immer so reich bedachten Winzer angefordert, 18 Millionen Mark sollen den Unternehmungen des Flugzeugbaues und des Luftfahrzeugwesens zugute kommen, 4,5 Millionen Mark werden für den Aufbau der deutschen Binnenschiffahrtsflotte den Schiffahrtsunternehmern zur Verfügung gestellt, 14 Millionen Mark sollen für den jetzt gerade besonders „nollebenden“ Ruhrbergbau bewilligt werden, 18 Millionen Mark gehen an die ober-schlesische Eisenindustrie oder genauer an die Banken, die sich mit ihren Krediten festgefahren hatten und nun mit Reichshilfe die Dividenden erwarten ihrer Aktionäre befriedigen können.

So war es immer. Gedenkt man der 700 Ruhrmillionen, die der Herr v. Schlieben dem Ruhrbergbau schenkte, gedenkt man der umfangreichen Kredite, die die Landwirtschaft, die Bersten, die Schiffahrtsunternehmungen und eine große Zahl von Einzelunternehmungen unter den verschiedensten Gründen und Vorwänden vom Reich ergattert haben, gedenkt man der Staatshilfe für den Erzbergbau, denkt man an die Exportkreditversicherung, an die Russkredite und nicht zuletzt an die Schutzzölle — dann muß einem in der Tat das Vorgehen der Unternehmerverbände als schänder Urdank erscheinen. Das haben die Herren v. Schlieben und Dr. Reinhold wirklich nicht verdient.

Es lohnt nicht, die Kundgebung übermäßig ernst zu nehmen, wäre sie nicht ein Auschnitt aus einem ganz planmäßig organisierten Feldzug. Die außerordentliche Machtenhaftung des deutschen Unternehmertums in den letzten Jahren hat den deutschen Kapitalisten nicht nur große Herrschaftsgebiete im eigenen Staat gesichert; vielmehr ist mit Hilfe eben dieses Staates, dessen wirtschaftliche Betätigung sie jetzt bekämpfen, ihre Macht weit über die Reichsgrenzen hinausgewachsen, sie sind zu internationalen Großmächten geworden. Unmöglich wäre diese ganze Entwicklung gewesen, wenn nicht die Politik des Reiches sie gefördert und unter großen Opfern der Arbeiterschaft jene Atmosphäre in der Weltwirtschaft geschaffen hätte, deren Ruhm sie das deutsche Unternehmertum aller Grade ist. Wenn nun dieser Staat mit seinen Unterorganen, den Ländern und Gemeinden, auch in der wirtschaftlichen Betätigung seine eigenen Ansprüche zu erfüllen sucht, so ist das das Ergebnis einer zwangsläufigen Entwicklung, gegen die keine Kundgebung irgend etwas ausrichten kann.

In ernsthaften Unternehmertreffen gibt es heute auch keinen Streit mehr darüber, daß große Teile der Wirtschaft überhaupt nur von der öffentlichen Hand gelenkt werden können. Wo in der Welt gibt es ein Eisenbahnunternehmen, das wie das deutsche den ungeheuren Transportanforderungen der letzten Monate gewachsen gewesen wäre? Noch vor drei Jahren glaubten einzelne Industrieführer, die Reichsbahn für die Privatwirtschaft beanspruchen zu können — heute redet kein Mensch mehr davon. Die gewaltigen Leistungen in der Organisation der deutschen Elektrizitätsversorgung wären ohne die aktive und opfervolle Mithilfe der öffentlichen Hand nicht möglich gewesen. Eine der größten Glanzleistungen deutscher Industriewirtschaft, die Stickstoffindustrie, verdankt ihr Entstehen ausschließlich dem öffentlichen Interesse und dem öffentlichen Kapitalaufwand. Daß heute Milliardenbeträge, die das erklärliche Mißtrauen kleiner Sparer sonst in der Truhe zurückgehalten hätte, in öffentlichen Sparsaffen aufgesammelt und der Wirtschaft wieder zugeführt werden, ist ausschließlich eine Folge davon, daß die öffentliche Hand einsprang, wo die Banken versagten.

Die Beispiele lassen sich noch lange fortsetzen. Zu erinnern ist hier noch an die Versorgungsbetriebe, an den Aufschluß der Wasserströme, an die zahlreichen Notstandsaktionen für die Landwirtschaft — alles Maßnahmen, die ohne ein starkes wirtschaftliches Interesse des Staates nicht denkbar gewesen wären. Man hat dieses Interesse immer zu nutzen verstanden, wenn es der Privatwirtschaft schlicht ging, oder wenn neue Wege zur Entfaltung

rentabler Produktion beschritten werden mußten. Man bekämpft aber die Betätigung der öffentlichen Hand, sobald sie der Privatwirtschaft irgendwie un bequem wird.

Ueber die Hälfte der deutschen Depositen- und Spargelder werden von öffentlichen Banken verwaltet, darunter große Beträge, die sonst wahrscheinlich überhaupt nicht in der Wirtschaft angelegt werden, sondern im Sparstrumpf stecken bleiben würden. Dennoch richtet sich der Angriff der privaten Unternehmer gerade gegen diesen für die Gesamtheit besonders erfolgreichen Zweig wirtschaftlicher Tätigkeit. Mit mehr Recht könnten die öffentlichen Banken gegen die Mißwirtschaft bei den privaten Banken eine Demonstration veranstalten, die monatlang ihre Pflicht gegen die produktive Wirtschaft veräuert und in geradezu herausfordernder Weise einer unfirmigen Spekulation stets neue Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Sinen Schein von Recht versuchen die Unternehmerverbände für ihre Kundgebung daraus herzuleiten, daß mit fortschreitender Konzentration der privaten Wirtschaft die öffentliche Hand dazu gezwungen wird, hier und da mit den Profitinteressen des Kapitals in Gegensatz zu geraten. Sie beklagen sich darüber, daß die öffentliche Wirtschaft an einzelnen Stellen als Konkurrent des Privatkapitals auftritt. Diese Konkurrenz ist den Unternehmern lästig. Anstatt danach zu fragen, weshalb sie entstanden ist, bekämpfen sie sie mit dem reichen Register der liberalen Schlagworte. Die freie Konkurrenz soll angeblich bedroht sein. Als ob in dem Lande der dreitausend Kartelle, der größten europäischen Trusts und der weitestgehenden Organisation des Handels überhaupt noch von einer freien Konkurrenz die Rede sein könnte! Ueberall strebt die Wirtschaft nach Preismonopolen, überall will sie den Verbraucher und die breiten Massen der Lohnempfänger ihrem Preisdiktat unterwerfen. Und dabei stört sie die Konkurrenz der öffentlichen Hand, deren Wohltaten das Kapital gern hinnimmt, deren Selbständigkeit es aber vernichten möchte. Es geht tatsächlich um die Kartell- und Monopolrente der großen Wirtschaftsverbände und Trusts, wenn es die öffentliche Wirtschaft bekämpft.

Deshalb soll jetzt zu einem großen Schlage ausgeholt werden. Einigen der Beteiligten, die etwas weiter sehen, ist vielleicht jetzt schon beim Gedanken an diese Kundgebung nicht ganz wohl. Denn wenn sie das Register ihrer Schlagworte überschauen, so haben sie Grund zu der Befürchtung, daß eine derartige Kundgebung das öffentliche Gewissen wahrütteln kann, und daß die angegriffenen Organe ihre Existenzberechtigung nachweisen. Das wird ihnen gewiß nicht schwer fallen, besonders wenn sie sich endlich entschließen, die ungeheuren Fehler, die die Privatwirtschaft während der letzten Jahre gemacht hat, schonungslos aufzudecken.

Bedenken gegen die Abzahlungsgeschäfte.

Einzelhandel — Beamte — Genossenschaften.

Die außerordentlich starke Zunahme der Abzahlungsgeschäfte, die jetzt in ganz Berlin und auch in anderen Städten einseitlich organisiert werden, hat uns bereits früher Anlaß zu einer eingehenden Kritik dieser neuartigen Geschäftsmethoden veranlaßt. Es ist nun interessant festzustellen, daß auch im Einzelhandel ein ziemlich starker Widerstand gegen das Abzahlungssystem bemerkbar wird. Es herrscht wohl Uebereinstimmung darüber, daß die finanzielle Organisation durch die verschiedenen Institute den Warenkonsum um 20 bis 25 Prozent, vielleicht noch mehr verteuert. Diese Verteuerung wird dem Konsumenten teilweise nicht unmittelbar sichtbar, muß aber von ihm in irgendeiner Weise aufgebracht werden; daß auch der Händler einen Teil davon tragen wird, ist allenfalls insoweit möglich, als eine wesentliche Steigerung der Umsätze eine Herabsetzung der Generalaufkosten gestattet. Das wird aber nicht überall der Fall sein. Man hat im Einzelhandelskreise schon das Schlagwort vom „König Pumper“ an Stelle des bisher üblichen „König Kunden“ geprägt, dem sich der ganze Handel zu beugen hat. Das Eigenartige ist, daß die wenigsten Einzelhändler öffentlich mit ihren Bedenken hervortreten, obwohl diese von großer volkswirtschaftlicher Tragweite sind. Es ist sogar damit zu rechnen, daß viele der Widerstrebenden aus Konkurrenzgründen sich dem Abzahlungsgeschäft anschließen werden, obwohl sie das Experiment für gefährlich oder direkt schädlich halten.

Vor allem rechnet man damit, daß man überhaupt nicht viel neue Kunden gewinnen wird außer denen, die schon jetzt auf Abzahlung kaufen. Da die Konsumfinanzierungsgeschäfte bei einer Rückversicherung gedeckt sein müssen, die praktisch darüber entscheidet, ob jemand Kredit bekommt oder nicht, werden fast ausschließlich Festbesoldete in Betracht kommen, unter ihnen viele, die infolge ihres niedrigen Gehalts schon heute in Abzahlungsgeschäften kaufen. Tritt aber die Erweiterung des Kundentums nicht in wesentlichem Umfang ein, so bedeutet die Neuorganisation des Abzahlungsgeschäfts keine Schaffung neuer Nachfrage, sondern höchstens die Vorwegnahme von Anschaffungen, die später doch erfolgen würden. Der Arbeiter wird dann im allgemeinen nur als Barkunde erwünscht sein und dieser Barkunde wird wahrscheinlich mit dazu beitragen müssen, daß die Ausfälle, die dem Abzahlungsgeschäft entstehen, durch Ueberpreise gedeckt werden.

Vor allem befürchtet man im Einzelhandel, daß nach der Verallgemeinerung der Abzahlungsgeschäfte eine ganz irreguläre Preisbildung im Bargeschäft eintreten wird. Für den Barkunden braucht der Einzelhändler an seine Bank keine Zinsen zu zahlen. Er wird ihm also in den verschiedensten Formen

Rabatte gewähren, sei es als Kassakontante, sei es in anderer Form. Um nun die Rabatte möglichst hoch erscheinen zu lassen — mit ihnen wird man in der Hauptsache ja den Konkurrenzkampf führen —, wird man die Grundpreise um so mehr aufschlagen. Schließlich kennt sich niemand mehr aus, die Konkurrenz wird durch das Angebot verschiedener Qualitäten verschärft. So kann es in der Tat dahin kommen, daß zwar sehr viele Geschäfte dem Kunden Kredit geben, daß aber sehr bald diejenigen Geschäfte das meiste Vertrauen beim Kunden haben, die an ihr Firmenschild schreiben: „es wird nur in bar verkauft“.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Beamten selbst gar nicht übermäßig von der Neuorganisation erbaut sind, weil sie ebenfalls die Gefahr einer Verteuerung des gesamten Konsums erkennen. Eine Beamtenkorrespondenz veröffentlichte kürzlich eine warnende Notiz, die u. a. darauf hinweist, daß bei Inanspruchnahme der Konsumfinanzierung die Beamten sich von einem ganz kleinen Kreis von Geschäften abhängig machen.

Entschieden Gegner des Abzahlungsgeschäfts sind nach wie vor die Konsumgenossenschaften, die das Pumpgeschäft seit jeher auf das entschiedenste bekämpft haben und ihre Mitglieder zu Sparern, d. h. zur Wirtschaftlichkeit zu erziehen suchen. Sie sehen darin die einzige Gewähr dafür, daß die großen Verbraucher-massen ihre Unabhängigkeit als Konsumenten behalten. In besonders leidenschaftlicher Weise wendet sich der Führer der Konsumgenossenschaftsbewegung Heinrich Kaufmann in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegen die Ueberhandnahme der Abzahlungsgeschäfte, von denen er befürchtet, daß sie den Konsum mindern anstatt steigern werden.

Die Arbeiterschaft kommt, wie erwähnt, als Kunde ja ohnehin kaum in Betracht. Immerhin sei darauf verwiesen, wie ungeheuerlich Lohnbewegungen erschwert werden, wenn ein großer Teil der organisierten Arbeitnehmer an den Handel verschudet ist. Das gilt insbesondere für die Angestellten, deren Kundenschaft man viel mehr suchen wird.

Die Bedenken gegen eine allzu starke Ausdehnung des Abzahlungsgeschäfts, das in gewissen Grenzen sicherlich nützlich für sich hat, mehr denn sich also. Trotzdem wird man an der ganzen Bewegung nicht achtlos vorübergehen dürfen angesichts der großen Kapitalmengen, die dafür aufgewandt werden, und des großen Anreizes, den dieses Geschäft für die breiten Volksmassen bietet. Wir werden daher alle Erfahrungen, die in diesem neuen Geschäftszweig gemacht werden, weiter kritisch nachprüfen.

Konzentrationen in der Binnenschiffahrt.

Nachdem die durch die Entwicklung des Kraftverkehrs, durch die Vereinigung kombinierter Betriebe auf den besten Standort und durch die starke Verkehrssteigerung ins Hintertreffen gekommene Binnenschiffahrt sich bisher (teilweise mit Erfolg) auf die Förderung staatlicher Subventionen beschränkt hatte, scheint auch sie sich jetzt auf die Selbsthilfe durch Betriebskonzentration stärker zu bekümmern. So wird jetzt der bevorstehende Zusammenschluß von fünf bedeutenden Flugschiffahrtsgesellschaften gemeldet. Die Neue Norddeutsche Fluss- und Dampfschiffahrtsgesellschaft hat durch Vermittlung der Commercial Union Bank von der Vereinigten Elbschiffahrtsgesellschaft A. G. ein größeres Aktienpaket übernommen. Auf den Anfang Dezember stattfindenden Generalversammlungen soll ihre Vereinigung durch Austausch und Zunahme von Aufsichtsratsmitgliedern vorbereitet werden. Die aufzunehmende Neue Norddeutsche Fluss- und Dampfschiffahrtsgesellschaft beherrscht ihrerseits die „Deutschland“-Schnelldampfer G. m. b. H. und ist auch an der Schlesischen Dampfer Compagnie Berliner Nord A. G. maßgebend beteiligt. Auf der anderen Seite besteht zwischen der aufzunehmenden Vereinigten Elbschiffahrt A. G. und der Neuen Deutsch-Böhmischen Elbschiffahrt A. G. seit Oktober 1925 eine Betriebsgemeinschaft, so daß der Zusammenschluß einen beträchtlichen Teil der deutschen Binnenschiffahrt zu gemeinsamer Wirksamkeit vereinigen wird.

Wie alte Eisenhütten sich rentabel halten. Zu einem großen Spezialwerk der verarbeitenden Industrie sind seit ihrer Fusion mit den „Herzoglich-Schleswig-Holsteinischen Eisen- und Emaillewerken die Warsteiner Eisenwerke (Westf.) geworden, die das interessante Beispiel einer aus Urzeiten erhaltenen, aber durch ihre außerordentlich starke Spezialisierung rentable Eisenhütte sind. Der Gesellschaftsbericht nennt aus dem vereinigte Produktionsprogramm folgende Hauptprodukte: Röhren, Heizkörper, rohe und emaillierte Sanitärgegenstände, Kanalisationsguss, Badewannen, gußeisernes Geschirr, Herde, Öfen, Maschinen- und Bauguss, Planplatten, Gasverformaturen, Grauguss für den Eisenbahnbedarf, Härte-, Glüh- und Schmiedeböden für Gas- und Oelfeuerung, Wassergasanlagen und Wagenachsen aller Art. Den Vorteil dieser reich differenzierten Produktion charakterisiert der Gesellschaftsbericht treffend dahin, daß den Verchiebungen auf den Absatzmärkten leicht Rechnung getragen werden kann. Die Fusion diente der systematischen Unterverteilung der Produktion, die weitverzweigte Lage der Werke ermöglicht vielfache Frachtvorteile und macht von lokalen Arbeitsverhältnissen unabhängig. Schon im vorigen Jahre verteilte das Warsteiner Werk 10 Proz. Dividende. Nach der Fusion sind die Gewinne fast verdreifacht, und nur die Erhöhung des Kapitals von 1,6 auf 4,3 Mill. setzt die diesjährige Dividende auf 7 Proz. In den fünf Werkskomplexen wird eine Belegschaft von 2200 Arbeitern und Angestellten beschäftigt.

Güterloher Wurstwaren 5 Proz. Dividende. Auch für die Fleisch- und Wurstwarenindustrie meldet die Vogt u. Wolf A. G. Güterloher, die in ihren Betrieben 150 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, fühlbare Auswirkungen der Wirtschaftskrise: schwankende Rohpreise, unregelmäßige Beschäftigung und auch unzureichende Aufträge aus Bädern und Kurorten. In den Gewinnen sind die Störungen allerdings nicht erkennbar. Der Warengewinn ist von 0,99 auf 1,02 Mill. (bei 800 000 Mark Kapital) gestiegen, die Gesamtaufkosten allerdings etwa im gleichen Verhältnis ebenfalls. Dennoch ist der Gewinn mit 70 000 gegen 68 000 Mark noch etwas höher. Wie im Vorjahr wird eine Dividende von 5 Proz. verteilt.

Hautausschlag, Beinschäden

(Krampfadern), auch veraltete Wunden, Hautjucken und Pienchen heilt die milde und wohltuende, seit 100 Jahren bewährte **San-Rat** Dr. S. rahl's Haussaibe.

Original-Dose 4 M. 1.25, 2.50, 4.30 versendet spesenfrei
Elefanten-Apothek, Berlin SW. 19 Leipziger Straße 74, am Dönhofsplatz

Neu!

MAGGI'S Buchstaben - Suppe

eine feine Eier-Teigwaren-Suppe - 1 Würfel für 2 Teller nur 13 Pf.



Kaiserdebatte im Reichstag.

Majestät haben draußen zu bleiben!

Im Anschluß an die Abstimmungen zur Erwerbslosenfrage beriet der Reichstag am Dienstag den Nachtragsetat. Dazu nahm zunächst das Wort

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold:

Der Finanzminister begrüßt es zunächst, daß der Reichstag jetzt den Weg einer gesunderen Finanzpolitik beschritten und die Steuern den wirklichen Bedürfnissen angepaßt habe. Er schildert dann die bekannten Abmachungen mit dem Reparations-agenten, durch die eine wesentliche Verbesserung der Liquidität der Reichshauptkasse erreicht worden sei. Das Abkommen habe dem Reich auch wesentliche Ersparnisse gebracht. Durch diese und andere Ersparnisse konnte ein Drittel der Mehrausgaben gedeckt werden, weitere 90 Millionen aus dem Mehraufkommen aus den Zöllen. Mehreinnahmen sind auch aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer erzielt worden. Im ersten Halbjahr 1926 blieb zum erstmaligen das Aufkommen aus der Lohnsteuer mit 530 Millionen zurück hinter dem Ertrag der übrigen freien Einkommensteuer, die 563 Millionen brachte. Die Umsatzsteuer, die Vermögens- und Erbschaftsteuer blieben hinter den Erwartungen zurück, während der Ertrag der Körperschaftsteuer von 94 Millionen im Vorjahre auf 198 Millionen in diesem Jahre gestiegen ist.

Das Gesamtaufkommen sämtlicher Steuerarten wird den Einnahmen so übersteigen, daß es berechtigt war, 90 Millionen Mehraufkommen zur Deckung des vorliegenden Nachtragsetats heranzuziehen.

Dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsarbeitsministers stimme ich durchaus zu. Wir haben 200 Millionen als Zwischenkredit für den Kleinwohnungsbau zur Verfügung gestellt. Dadurch werden 40 000 neue Wohnungen geschaffen und es werden damit 120 000 Bauarbeiter aus der unterliegenden Erwerbslosenfürsorge herauskommen. Wir ersparen damit also etwa 84 Millionen an Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge. Aehnlich liegt es auch mit dem Kredit, den wir der Reichsbahn zur Fertigstellung angefangener Bahnbauten geben. Auch damit wird die Zahl der Erwerbslosen vermindert und die ganze Wirtschaft wird damit belebt. Es ist immerhin ein Fortschritt, wenn statt der 2 Millionen im Februar heute nur noch 1,3 Millionen unterstützte Erwerbslose vorhanden sind. Zur Deckung können wir eine neue Anleihe von 372 Millionen aufnehmen, so daß wir zur Aufnahme von insgesamt 963 Millionen Anteile ermächtigt sind. Wir haben aber von der Ermächtigung zur Lombardierung von Schatzwechseln noch keinen Gebrauch gemacht. Wir werden auch jetzt noch nicht den Anteilnehmer in Anspruch nehmen, sondern werden den Zeitpunkt dazu sorgsam auswählen. Trotz der Steuerermäßigungen haben wir eine Finanzgebarung, die zwar hart die Grenze des Defizits streift, die aber doch sich in durchaus soliden Bahnen bewegt. Ernstet sieht die Lage aus, wenn wir die Finanzen der Länder und Gemeinden betrachten. Wir wollen ihnen im Wege des Finanzausgleichs helfen und erwarten dann, daß sie besonders die vielfach überspannten Realsteuern senken werden. Jedenfalls kann festgestellt werden, daß die Erwartungen, die das Reichsfinanzministerium im Frühjahr aussprach, sich erfüllt haben. Ich darf wohl von der Royalität der Deutschnationalen annehmen, daß sie anerkennen, daß ihre damaligen pessimistischen Prophezeiungen in keiner Weise eingetroffen sind. Wollen wir die Erwerbslosennot beseitigen, dann brauchen wir eine gesunde Finanz- und Wirtschaftspolitik, gute Handelsverträge und ein gutes Einvernehmen mit dem Auslande. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Ein kommunistischer Antrag, die Minister Geßler und Stingl zu den Beratungen herbeizurufen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und Bäckischen abgelehnt.

Abg. Saenger (Soz.)

begründet den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf, wonach den Mitgliedern der ehemals regierenden Fürstenfamilien der Aufenthalt im Reichsgebiet verboten werden solle, wenn dadurch das Wohl der Republik gefährdet werde. Dem ehemaligen Kaiser Wilhelm II. soll das Betreten des Reichsgebietes untersagt werden. Für den Fall, daß Wilhelm II. feindselige Unternehmungen gegen das Reich oder Preußen richtet, kann das seiner Familie zuerkannte Vermögen eingezogen werden. Der Redner weist darauf hin, daß die Bedeutung dieser Frage von niemandem geleugnet werden könne, und deshalb sei es notwendig, sich eingehend damit zu befassen. Die wirtschaftlichen Fragen, die mit dem Nachtragsetat verbunden sind, wird der Abg. Robert Schmidt als zweiter Redner der sozialdemokratischen Fraktion behandeln. Bevor die staatspolitische Begründung für diesen Antrag gegeben wird, erscheint es notwendig, sich mit dem bisherigen Verhalten der Kommunisten

Verhalten der Kommunisten

auseinanderzusetzen. Sie (zu den Komm.) haben sich im Preussischen Landtag einiges geleistet, aber wir nehmen diese Sache nicht allzu tragisch, nachdem wir wissen, wie Ihre Enttäuschungsstürme vorbereitet werden. Einer Ihrer früheren Fraktionsangehörigen hat aus dem Jahre 1924/25 berichtet, daß jeder von Ihnen veranstaltete Spektakel vorher beschlossen worden ist und daß dazu die Anweisungen von Rosa kamen. Wie lagen die Dinge in Preußen? In einem Punkte gebe ich Ihnen recht, die Republik hat in der Frage der Fürstenvermögensenteignung und der Fürstenbehandlung vieles verjagt und vieles nicht getan. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber was war vor acht Jahren in diesen Stunden das Wichtigste? Vor allem für die Arbeiter war es das Wichtigste, daß die Einheit des Reichs erhalten blieb. Sie, meine Herren Kommunisten, haben für diese große geschichtliche Notwendigkeit niemals irgendwelches Verständnis bewiesen. Aber Sie haben auch nicht nachgesehen, was Karl Marx darüber geschrieben hat. Sie haben auch niemals darüber nachgedacht, wie sich Ferdinand Lassalle im Jahre 1839 dazu geäußert hat. Wer außerhalb dieses Hauses behaupten sollte, es sei nicht wahr, daß wir Sozialdemokraten aus innerer Überzeugung die Enteignung der Fürstenvermögen wollten, den würde ich einen Demagogen schelten. (Sehr wahr bei den Soz.) Wir sind für die entschuldigungslose Enteignung eingetreten, wir haben bei dem Volksentscheid darüber einen großen Erfolg erzielt, aber zum restlosen Sieg reichte er nicht aus. Die Frage wurde dadurch den einzelnen Parlamenten zurückgegeben, und wie man sie dort behandelt hat, das war eine Sache der Taktik.

Ob man es auf Prozesse ankommen oder den Vergleich annehmen sollte, das mußte im Landtag entschieden werden. Es war dort nicht mehr zu erreichen, und darum billigten wir durchaus die Haltung unserer Freunde im Preussischen Landtag.

Dort ist nichts anderes geschehen, als was unter aktiver Anteilnahme des Herrn Hecker als sächsischer Minister in Sachen geschah. Dort ist dem Vergleich mit den Westlinern mit den gleichen Gründen auch von Ihren Freunden (zu den Komm.) zugestimmt worden, wie jetzt in Preußen dem Vergleich mit den Hohenzollern zugestimmt worden ist.

Sie, meine Herren Kommunisten, werfen uns vor, wir hätten Verrat geübt. Aber in den hinteren Reihen Ihrer Fraktion, auf der politischen Galerie, sitzen Ihre ehemaligen Führer, wie Herr Swanow Kay, wie Frau Fischer, wie die Herren Redner-

meyer und Scholem, die nach Ihrer Auffassung gleichfalls Verrat am Proletariat verübt haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Alle die Leute, die heute dort hinten sitzen, sie waren gestern noch die Führer des proletarischen Klassenkampfes, diese Verräter waren gestern dazu berufen, gegen uns das Wort vom Verrat zu sprechen. Gestern noch die einzigen berechtigten Klassenkämpfer, heute Verräter am Proletariat. (Große Heiterkeit.) Und da möchte ich doch nun die Frage aufwerfen, ob die Art und Weise, wie Sie diese Sache im Preussischen Landtag vertreten haben, den Lebensinteressen des Proletariats den größten Schaden zugefügt haben. (Sehr wahr.) Ich halte es für verständlich, daß in großen Schichten des Bürgertums Zweifel darüber entstehen, ob der Teil der Arbeiterklasse, der solchen Führern folgt, dazu berufen ist, die menschliche Gemeinschaft zu höheren Zielen zu führen. (Sehr richtig! bei den Soz., Zurufe bei den Komm.) Es sind ja auch bei Ihnen genug Herren, die diesen menschlichen Takt der Gesellschaft zu wahren wissen.

Rund wird uns von deutschnationaler Seite gesagt werden, wie schwach muß doch die Republik sein, daß sie derartige Maßnahmen nötig hat. Ich erinnere aber daran, was Bismarck im Jahre 1872 dem Grafen Henckel geschrieben hat. Ich erinnere auch daran, was die französischen Royalisten getan haben, um die Rückkehr Napoleons zu verhindern. Der Grund für unseren Antrag liegt aber darin, daß die Wiederkehr des ehemaligen deutschen Kaisers eine Herausforderung wäre, wie man sie einem freien Volke in der Geschichte noch niemals geboten hat. Als unser Antrag in der Öffentlichkeit bekannt wurde, wurde in den rechtsstehenden Zeitungen dagegen eingemeldet, daß man dadurch ein Recht der Demokratie verleihe. Jeder haben die Demokratie und die Republik bisher viel zu wenig Gelegenheit genommen, um ihre Rechte zu wahren, sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß geradezu tierische Verbrecher heute noch in Ihrem (nach rechts) Lager Schutz gefunden haben. (Sehr richtig.) Hätte der demokratische Staat von seinem Recht Gebrauch gemacht, dann wäre es nicht möglich gewesen, daß unter einem demokratischen Reichswehrminister Skandal auf Skandal gehäuft werden könnte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Verlust der Staatsangehörigkeit war ja aber auch schon im kaiserlichen Deutschland möglich. Er wurde ausdrücklich ausgesprochen für Reichsdeutsche, die außerhalb des Landes verblieben sind.

Das noch heute geltende Gesetz besagt, daß Treulosigkeit gegenüber seinem Vaterlande den Verlust der Staatsangehörigkeit nach sich ziehen muß. Unser Antrag ist daher nur eine Ergänzung des heute noch geltenden Rechts. Meine politischen Freunde sind außerdem der Anschauung, daß es für ein freies Volk besser ist, aus eigener Erkenntnis selbst Beschlüsse zu fassen, als sie sich vom Auslande aufzwingen zu lassen. Ich glaube allerdings nicht an einen solchen Fall, aber die Handlungsweise Wilhelmss allein zwingt uns dazu, einen solchen Antrag einzubringen.

Auch Herr Rupprecht von Wittelsbach wird in zunehmendem Maße ein Objekt der bayerischen Königsmaher. Im Jahre 1918 hat er die Veränderung des Staatswesens, als sie durch die verfassunggebende Nationalversammlung vollzogen war, auch für sich als geltendes Recht anerkannt. Im Jahre 1923 hat er aber erklärt, daß er in die Rechte seines Hauses wieder eintreten wolle.

Inzwischen haben sich auch die monarchistischen Kundgebungen in Bayern vermehrt. Herr Rupprecht hat allerdings gesagt, ihm stünde das Volk höher, als sein eigenes Interesse, aber das haben auch jene Kurfürsten gesagt, die ihre eigenen Landesfürsten an das Ausland verkauft haben. (Sehr richtig!) Ich muß es als nicht fair bezeichnen, daß dieser Kronprinz es nicht für nötig hält, das offene und ehrliche Wort zu sprechen, er sei ein Privatmann und denke nicht daran, seine sogenannten Rechte geltend zu machen. Das Wort hört man aber nicht von ihm. In Rosenberg hat man erst kürzlich bei einer Demonstration die Stadt mit den königlichen Farben geschmückt und ein bayerischer Monarchist hat sich dazu versteigert, er bitte den lieben Gott, daß ein König die Jügel wieder in die Hand nehme, „wir müssen uns frei machen von der Weimarer Verfassung“. Es ist nicht anständig und nicht königlich, daß Herr Rupprecht zu all diesen verräterischen Taten einfach schweigt, zumal das Verhalten auch dieses „hohen Herrn“ beim Zusammenbruch des deutschen Volkes, als er gleichfalls nach Holland übertrat, unsozialistisch, um nicht schlimmeres zu sagen, war. (Sehr richtig!)

Ein Führer der Deutschen Volkspartei hat einmal erklärt, daß man die große Vergangenheit eines Volkes achten sollte, auch bei staatspolitischen Ummwälzungen. Auch wir unterschreiben diesen Gedanken. Es ist selbstverständlich, daß ein freies Volk sich seiner großen Vergangenheit erinnert. Wenn eine Partei das Recht hat, auf die Vergangenheit zu schauen, dann sind es wir Sozialdemokraten, denn oft genug haben wir in den Jahrzehnten des Kaiserreichs unsere warnende Stimme erhoben. In es waren herrliche Zeiten damals, und wer das nicht glaubt, der mag dem Reize der „Kreuzzeitung“ folgen und für 25 Pf. ein Buch kaufen, in dem der frühere Kaiser selbst spricht. Unser Monarch, der sich für 25 Pf. kaufen läßt. (Heiterkeit.) Wilhelm konnte alles, er gelächelte, er baute, er malte, er verkleidete in Bielefeld, daß der Arm des deutschen Kaisers bis zu den entferntesten Gegenden der Welt reichte. Er ließ die Schlachtpläne für andere Staaten, er schimpfte auf die Ultramontanen, die man hängen mußte, er schenkte den französischen Seefahrten Schokolade, den fremden Offizieren Orden. Aber wenn er als Monarch von Gottes Gnade alles konnte, wenn er noch am 28. November 1918 den Rat der Volksoberauftragten bitten konnte, daß sein Geld und seine Schätze nicht berührt werden sollten,

eines konnte er nicht, er konnte nicht kämpfen, er konnte nicht sterben für die Ehre seines Hauses und seiner Heimat.

Jetzt hören wir aus Doorn, daß er Bäume schlägt, daß sein Arm so stark sei, daß er mit einem einzigen Hieb den ältesten Baum fällen könne. (Große Heiterkeit.) Er ist der Gleiche geblieben auch nach seiner Flucht, der Gleiche auch im Schimpfen. Soll die Republik einen solchen Monarchen jemals wieder hereinlassen? Wenn ein Kriegerdementhal enthält wird, dann telegraphiert er, daß es ihm schwer falle, im Ausland zu leben und von der Mitarbeit ausgeschlossen zu sein. Aber was der Republik Anlaß zu Denken gibt, das ist die Tatsache, daß er nicht nur einmal, sondern wiederholt klar ausgesprochen hat, er hoffe den königlichen Thron wieder zu besteigen. Selbst im Exil hat dieser Mann es noch nicht über sich gebracht, von den Beschimpfungen des deutschen Volkes abzulassen. Er hat es als ein Verbrechen bezeichnet, daß das deutsche Volk Belgien räumen und Bedingungen annehmen mußte, die so schwer waren, wie sie wohl niemals vorher ein Volk annehmen mußte. Diese Vorwürfe erhebt ein Mann, der sich selbst jeder Verantwortung entzogen hat. Manchmal telegraphiert er selbst, manchmal auch sein Sohn Oskar, der Zigarettenoskar. Dieser Zigarettenoskar hat mit einem Manne in Verbindung gestanden, der angeklagt war, ein Attentat auf den Reichsaußenminister vorbereitet zu haben. Als Thronpräsident bleibt dann nach dem Herr Kronprinz, von dem in der „Kreuzzeitung“ geschrieben wurde, er troge in seinem Blick die Züge des königlichen Hauses. Man sehe auf den ersten Blick, selbst wenn man nicht wüßte, wer es sei, die Familienähnlichkeit.

Diese Familienähnlichkeit konnte man auch am vorigen Sonntag bei dem Sechslagerennen in Berlin bewundern, wo der Kronprinz 500 Mark listete und auf einem Plakal schamhaft angeklagt wurde: „Von einem alten Sechslagerend aus Dets.“ (Heiterkeit.) Ich glaube, man darf es sagen, ruhmloser und unfähiger ist noch niemals eine Dynastie niedergeunken wie die der Hohenzollern. (Sehr richtig!)

Und nun ein offenes und ehrliches Wort: Heute vor acht Jahren hat sich das Schicksal unseres deutschen Volkes vollzogen. Die Arbeiterklasse allein mußte, was sie dem deutschen Volke schuldig sei. Sie hat das Reich gerettet, als das Reich der Hohenzollern zerfiel. Die Arbeiterklasse hat das fortgesetzt, was das Bürgertum im Jahre 1848 gefordert hat. Jahre lang haben Sozialdemokraten im Kaiserreich im Gefängnis zugebracht, weil sie einen Mann beleidigt haben sollten, der wegen Feigheit sein Soldatenleben nicht einsehen wollte. Gegen Wahlrechtsdemonstrationen wollte dieser Mann die Garde alarmieren, das Volk hat er als Lumpenpad beschimpft. Freilich haben damals Minister, Generale und teilweise auch bürgerliche Parteien noch unter ihm gestanden, was Charakterlosigkeit anbetrifft. 14 1/2 Millionen haben für die entschuldigungslose Enteignung der Fürstenvermögen gestimmt. Was glauben Sie wohl, wie viele Millionen es sein würden, wenn sie kämpfen sollten unter der Parole Wilhelm oder nicht!

Heute vor acht Jahren haben die deutschen Arbeiter das Vaterland gerettet und dieses Volk hat das Recht darauf, daß es nicht bei demokratischen Bestimmungen bleibt, sondern daß es auch zu demokratischen republikanischen Taten kommt.

Die Entertten, die soviel gelitten haben, haben ein Lebensrecht darauf, daß das geschieht, was die Sozialdemokratie jetzt will. Jetzt soll auch das deutsche Volk zu Gericht aufgerufen werden und sein Urteil kann nur in dem Befehl an Wilhelm gipfeln: Seine Majestät haben draußen zu bleiben! Und diesen Befehl erteilt die deutsche Republik. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Lindener-Wildau (Dnat.) wendet sich gegen die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrages an den Rechtsausschuß. Die ehemals regierenden Fürsten müßten dieselben Rechte genießen, wie alle übrigen Staatsbürger. Seine politischen Freunde seien durch die Entlassung des Generalsobersten v. Seeck außerordentlich beunruhigt worden, es sei zu bedauern, daß der Reichswehrminister durch seine Startheit diese Entlassung herbeigeführt habe. Unter Vertrauen zum Wehrminister ist dadurch weitgehend erschüttert worden. Der Redner hofft, daß General v. Seeck im gleichen Sinne wie sein Vorgänger arbeiten und sich dabei durch parteipolitische Querbeziehen nicht stören lassen werde. Die von den Abg. Böde geforderte Republikanisierung der Reichswehr bedeute eine schwere Schädigung, da sie dadurch politisiert werde. Die Deutschnationalen seien jederzeit bereit, die Verantwortung für das zu tragen, was sie vorschlag. Die Mittelparteien sollten nun sehen, wie sie zwischen Theorie und Praxis dieses Parlamentarismus eine Uebereinstimmung fänden. Die Art, wie der Reichsfinanzminister den Umbau seiner Verwaltung vorgenommen habe, sei mit der Verfassung nicht vereinbar. Bedauerlich seien die Angriffe, die der preussische Ministerpräsident vor kurzem gegen das Berufsbeamtenamt gerichtet habe. Auch die Verunglimpfung der Rechtspflege sei unbegründet. Die Offiziere, die sich vor acht Jahren der Republik zur Verfügung gestellt hätten, hätten damals den Staat gerettet. Die Jugend müsse durch Wiederherstellung des christlichen Charakters unserer Jugendzucht wieder auf den richtigen Weg geführt werden. Am 9. November sei die wahre Freiheit nicht erreicht worden. Nur in dem Geiste der Freiheit vom August 1914 könnte das deutsche Volk wieder wahrhaft frei in einem freien Vaterlande werden. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Neubauer (Komm.) stellt wieder einmal die Behauptung auf, daß die Sozialdemokratie in der Behandlung der ehemaligen Fürsten vor allem beim preussischen Hohenzollernvergleich das Volk verraten habe. Die schwarze Reichswehr habe in Sachen und Thüringen unerhörte Bestialitäten verübt. Der Hauptschuldige daran sei der Reichswehrminister Dr. Geßler, der sich noch zu verantworten habe. Herr Geßler selbst habe Ausweisung schwarzer Reichswehrangehöriger unterschrieben. Es dürften nicht nur die kleinen Verbrecher bestraft werden. Ebenso wenig wie dem Wehrminister dürfe man dem Innenminister Dr. Kälig trauben, das zeige sich am deutlichsten bei dem Jenjungegeich gegen Schmutz und Schund und bei seinem reaktionären Vereinsgehe. Der Redner begründet schließlich die Anträge seiner Fraktion auf Ausweisung und Enteignung der ehemals regierenden Fürsten. Die Weiterberatung wird gegen 7 Uhr auf Mittwoch 3 Uhr vertagt.

Elektrowirtschaft in Preußen.

Die Regierungsvorlage im Landtag verabschiedet.

Der Landtag setzte am Dienstag zunächst die Beratung des Gesetzentwurfs über die Bereitstellung von Geldmitteln zur Ausstattung des staatlichen Besitzes an Elektrizitätsunternehmen fort.

Handelsminister Dr. Schreiber:

Die Elektrownemehungen haben volkswirtschaftlich eine rasch steigende Bedeutung. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der installierten Kilowatts verdreifacht. Dabei verbraucht Deutschland auch gegenwärtig auf den Kopf der Bevölkerung erst 142 Kilowattstunden. Der Staat muß dafür sorgen, daß das ganze Land mit elektrischer Kraft versorgt wird, aber er kann sich in seiner Tätigkeit nicht auf die ungünstigen und unproduktiven Gebiete beschränken lassen. Noch bedeutsamer als die rein geschäftliche Tätigkeit ist für den Staat die Regulierung und der Ausgleich unserer Strompreise und die gemeinsame Schaffung von Wasseranlagen. Der Staat denkt nicht daran, nur um der Konkurrenz willen unwirtschaftliche Investitionen zu machen, aber wir können uns auch nicht dazu verstehen, bestimmte Gebiete einzelnen Elektrownemehungen des Reiches oder der Privatindustrie zur Ausbeutung zu überlassen. Wir wollen vielmehr gemeinsam mit allen anderen Elektrownemehungen an einer

großzügigen Rationalisierung

mitwirken. Wir wollen auch dafür sorgen, daß die Kette bis zum letzten Verbraucher nicht zu lang und die Verteilung der elektrischen Kraft billig wird und rechnen dabei auf die verständnisvolle Mitwirkung der Kommunalverbände, in deren Hand die meisten Stromverteilungsanlagen liegen. Das Installationsgeschäft und der Vertrieb elektrischer Bedarfsartikel soll ohne öffentliche Konkurrenz den lebensfähigen Handwerksbetrieben überlassen bleiben. Das staatliche Hoheitsrecht der Enteignung muß von der geschäftlichen Betätigung des Staates vollkommen getrennt gehalten werden. Auch die allgemeinen elektropolitischen Aufgaben sind verwaltungsmäßig von den Geschäftsbetrieben zu trennen. Entsprechende Vorlagen wird ihnen die Regierung demnächst unterbreiten. Das deutsche Reich würde gerade wegen seiner großen elektropolitischen Aufgaben besser nicht als Unternehmer auf diesem Gebiet auftreten. Im übrigen sollen alle Elektrownemehungen miteinander Hand in Hand arbeiten. (Beifall.)

Abg. Dr. Waentig (Soz.):

Die Geschichte der preussischen Elektrizitätspolitik ist bis in die letzten Jahre hinein eine Geschichte der verpackten Gelegenheiten. Augenblicklich beschäftigt uns die Streitfrage der Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes der verschiedenen Elektrownemehungen. Darüber werden wir uns mit Herrn Dr. Hermes nicht

Ein unbequemer Nebenkläger.

Zusammenstoß im Landsberger Prozeß.

verständigen, der in das privatrechtliche KWB. (Klein- und Betriebswirtschaftliche Elektrizitätswerke) blind verfiel ist. Für uns handelt es sich um die rein praktische Frage, aus dem gegenwärtigen Zustand latenter Kriegsführung in einen Zustand des Einvernehmens, aus dem Konkurrenzkampf heraus in ein Kartell zu kommen. Dabei denken wir nicht nur an Gebietsartellierung; es gibt auch Produktionsartelle, Gewinnartelle usw. Das Haus darf sich nicht programmatisch auf eine bestimmte Kartellform festlegen. Leitend muß bei der Verständigung über die Interessenphären die Wahrung des öffentlichen Interesses sein. Eine Verteilung nach Interessengebieten schafft die Möglichkeit privater oder halb öffentlicher Monopole, die wir vermeiden müssen.

Als Endpunkt der ganzen Entwicklung werden wir mit einem ganz Deutschland umfassenden Elektrotrust zu rechnen haben. Heute über haben wir es zunächst mit der Ausgestaltung der preussischen Elektrizitätswerke zu tun. Für sie brauchen wir eine Neuorganisation zur rationalen Zusammenfassung der Betriebe über den bisherigen rein kapitalmäßigen Zusammenhalt hinaus.

Die endgültige Entscheidung über diese Organisation sollte nicht ohne Anhörung aller geeigneten Sachverständigen fallen. Lehtes Ziel aller staatlichen Elektropolitik muß die möglichst billige Versorgung des letzten Abnehmers mit Licht und Kraft sein. Entscheidend dafür ist die Senkung der Verteilungskosten. Deshalb muß der Staat entweder unmittelbar an den letzten Abnehmer liefern oder sich entscheidenden Einfluß auf die Zwischeninstanzen sichern. Auf diesem Gebiet hat das KWB. manche beachtliche Vorarbeit geleistet. Nicht ausschlaggebend darf die Befürchtung sein, daß die Herabsetzung der Zinseszinsen bei der Verteilung des elektrischen Stroms zur Steuererhöhung in den Gemeinden führen könnte. Die Erhebung überspannter Preise für elektrisches Licht und Kraft ist auch nichts anderes als eine Steuer und eine rückständige und ungerechte obendrein. Unter den aufgezeigten Gesichtspunkten soll die preussische Elektropolitik dem Gemeinwohl dienen. (Braun! links.)

Abg. Pinkernell (D. Sp.): Wir verlangen völlige Klarheit über den Geldbedarf des preussischen Staates für seine Elektrowerksunternehmungen. Der Staat muß sich schleunigt mit KWB. und Elektrowerken verständigen. Wenn er den Wirtschaftsführern so feindsichtig gegenübersteht wie jetzt in der Elektrowirtschaft, kann er seine Aufgabe nicht erfüllen.

Abg. Schwegel-Berlin (Komm.): Das Zetergeschrei des Privatkapitals ist ganz überflüssig. Niemand will ihm seine Profite rauben. Der Staat ist viel zu spät und viel zu rücksichtsvoll vorgegangen.

Abg. Dr. Joff (Dem.): Wir kommen

bei der Elektrizität zum Staatsmonopol wie bei den Eisenbahnen.

Aber heute können wir die Pionierarbeit der Privatunternehmungen nicht ausschalten. Immerhin hat Preußen schon heute in diesem wichtigsten aller Wirtschaftszweige große soziale, kulturelle und nationale Interessen. Wir sind entschieden gegen jedes Privatmonopol und wünschen dringend, daß das Reich seine Elektrizität an Preußen abträte. Der Staat muß vorsichtig an neue Unternehmungen herantreten, aber er darf sich keinen Aufgaben auch nicht entziehen und darf dabei weder vor der Rainlinie noch vor der Rheinlinie zurückweichen. (Beifall links.)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Müller-Franken (Sp.) schließt die Debatte.

Das Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Ohne größere Aussprüche werden darauf eine ganze Reihe von Anträgen des Hauptauschusses, des Ausschusses für Handel und Gewerbe und des Beamtenauschusses angenommen. Beschlossen werden u. a. Staatsbeihilfen für den Bau der Landsberger Barthe-Brücke und die Befreiung der Verkehrsverhältnisse im Ostpreussischen Roodsbruch. Ebenso wird der Antrag angenommen, der Organisation der bildenden Künstler 100 000 M. und der Gesellschaft Deutscher Bühnenangehöriger sowie deren Benistonskasse für 5 Jahre je 50 000 M. zuzuwenden. Die Zuschüsse für die notleidenden Grubenbetriebe des Siegerlandes sowie des Bahn- und Dillgebietes, des Sauerlandes und des Huntrüds werden nach warmer Befürwortung durch den Abg. Oster (Soz.) bis Ende 1926 weiter bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch, 12 Uhr: U. a. Abstimmung über das Nichttrauensvotum gegen den Innenminister.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter Filiale Groß-Berlin

Zum 30 jährigen Bestehen der Filiale Berlin 4 Festversammlungen

am Freitag, den 12. November, abends 7 Uhr, in den

Germania-Festsälen, Berlin, Chaussee-
straße 110 / Andreas-Festsälen, Berlin,
Andreasstraße 21 / Erbes Festsälen,
(früher Klicm), Neukölln, Hasenheide 13
Nationalhof, Berlin, Bülowstraße 37

Tagesordnung:
30 Jahre Gemeinde- und Staatsarbeiter-Organisation
Referenten: die Kollegen:

Albert Gessner, Willi Gnadt, Carl Polenske, Gustav Schaum

In den Versammlungen wirken mit die Chöre des Arbeiter-Sängerbundes Fichte-Georgia, Hegar-Chor, Liederkreis Norden, Männerchor Moabit. / Wir erwarten zahlreiche Beteiligung der Kolleginnen und Kollegen. / Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung

Die gefrigen Verhandlungen in Landsberg verliefen zum großen Teil resultatlos, da sich die Zeugen weigern, dem Rechtsanwalt Dr. Löwenthal zu antworten, und eine Reihe von Fragen nicht zugelassen wird. R. A. Dr. Löwenthal fragt den Zeugen Oberleutnant a. D. von Senden, wie weit seine Strafgewalt ging und welcher Art sie war. Das Gericht beschließt, die Frage abzulehnen. R. A. Dr. Löwenthal beantragt, die Zeugen Schüler und Großmann zu laden, um die Richtigkeit der Aussagen von Senden nachzuprüfen. Der Vorsitzende lehnt den Antrag ab und verurteilt den Zeugen. Der Oberstaatsanwalt stellt die Behauptung auf, daß Untersuchungsrichter Grafke vom Landgericht III

bei Schulz Akten vorgefunden hat, die sich mit Beträgern befassen.

Das Gericht beschließt, Dr. Grafke nicht zu vernehmen, da es ungeeignet sei, den Untersuchungsrichter über ein schwebendes Verfahren zu hören, dessen Akten den Angeklagten nicht kennen.

Es folgt die Vernehmung des ehemaligen Oberleutnants Stantin. Er erklärt, er wisse nicht, ob er über seine Tätigkeit beim Stabe des Wehrkreismandos III ausgesagt dürfe. Das Wehrkreismando III habe ihm verboten, über organisatorische Fragen auszusagen, wie ja auch Hauptmann Reiner nur beschränkt aussagen dürfe. Seine Vernehmung verläuft durchaus negativ. Weiterer Zeuge ist Diplombauwirt Feuerlein, der behauptet, sich nicht als Zivilangestellter, sondern als Soldat der Reichswehr gefühlt zu haben. Er hat im Bureau des Schulz die Akten über Diebstähle und Berräterei geführt. Er hat die Akten später dem Hauptmann Ebersbach übergeben, von dem durch Zeugenaussage festgestellt wird, daß er in Wirklichkeit Grafunder hieß. Auch diese Vernehmung verläuft negativ.

Als R. A. Dr. Löwenthal fragt, ob der Zeuge die Akten des später ermordeten Sand gesehen habe, fahrt der Vorsitzende dazwischen: „Das gehört zum großen Gebiet der allgemeinen Beschuldigungen.“

Ein weiterer Zeuge, der ehemalige Feldwebel Thieme, bearbeitete die Akten vor Feuerlein. Nach seiner Aussage hat ihn Oberleutnant Schulz mit der Funktion eines Gerichtsoffiziers betraut. Schulz verbot ihm, seine Stellung jemanden wissen zu lassen. Er hat u. a. auch mit ihm Zusammenstöße gehabt und festgestellt, daß Sand kein Offizier sein durfte. Weiteren beschäftigten sich die Akten mit Lebensmitteln, Automobilfahrten und ähnlichen Dingen. „Unser Hauptgesprächsthema“, so führt der Zeuge aus, war: „wann geht es los, wann dürfen wir eingefeßt werden?“ Es hieß hin und wieder,

es sei ein Mann weggekommen.

Die Kommunisten hätten Beseitigung der SA-Deute versucht. Vorj.: Haben Sie die Munitionsschiebung Jante bearbeitet? Zeuge: Das kann sein, ich weiß es aber nicht mehr. Ich habe oft das Ergebnis meiner Untersuchung Oberleutnant Schulz vorgetragen. Im Falle Weiskamp hat ich um Entfernung dieses Offiziers, aber Schulz sagte, man solle es doch noch einmal versuchen. Im Falle Sand meinte Schulz: „Ueberlassen Sie mir das.“ Sand, der selbst zu mir gesagt hatte, er sei ein vollkommenes Subjekt, hat sich meiner Meinung nach bei Oberleutnant Schulz nicht mehr sehen lassen. Vorj.: Was wurde denn aus dem Aktenstück? Zeuge: Schulz gab es mir zurück und ich hob es im Tischkasten auf. Vorj.: Haben Sie auf einem Aktenstück den Vermerk gelesen: „An Klapproth zur Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.“ Zeuge: Ein solcher Vermerk ist niemals angeordnet oder gemacht worden. R. A. Dr. Löwenthal: Wie ist der Fall Leutnant Boeck erlebt worden? Zeuge: Leider wurde nur wenig getan, man war der Ansicht, daß der Mann zuviel ausplaudern könnte und ließ ihn laufen. Der Mann trieb sich dann, nachdem er seine Kameraden bestohlen hatte,

im Westen Berlins als Zuhälter

herum. R. A. Dr. Löwenthal: Befand eine Abrede, wie man Schiebung usw. erledigen sollte? Sollten die Täter dem Gericht übergeben werden? Zeuge: Nein, denn dann wäre doch alles verfallen worden. Solche Leute ließ man einfach laufen. R. A. Löwenthal: Hat Schulz Sie einmal angewiesen, die Akten dem Gericht zu übergeben? Zeuge: Das weiß ich nicht, da Hauptmann Reiner und Oberleutnant Schulz die Entscheidung trafen. R. A. Dr. Löwenthal: Wissen Sie etwas über das Zusammenhalten Büschings und Tahlbusch? Zeuge: Sie hatten hohe Aufgaben, nämlich sie hatten von den Kommunisten Waffen und Munition zu holen. Als R. A. Dr. Löwenthal darauf an den Zeugen die Frage richtet, ob er gewußt habe, daß die drei die Mordkommission hielten, brauft der Zeuge auf, er habe den Eindruck, daß er beeinflusst werden solle und wünsche, nur vom Vorsitzenden befragt zu werden.

Die Befragung wird abgebrochen und nach einer kurzen Pause Oberstaatsanwalt Gerlach vernommen, der die Munitionsschiebung Gädike-Jahne aufklärte und

dem Oberst Gudovius darüber Meldung erstattete.

Auch er will nur dem Gericht Rede und Antwort stehen, so daß R. A. Löwenthal den Verdacht äußert, unter den Zeugen bestünde eine Vereinbarung, ihm nicht zu antworten. Die Befragung bleibt negativ.

Der nächste Zeuge ist Hauptmann der Reichswehr Lindig, früher bei der Kommandantur Rüstern. Auch er hat nur bedingte Aussageerlaubnis. Nach seiner Aussage sollte der Fall Gädike-Jahne wie jeder andere dem Gericht zur Befragung übergeben werden. Auf Vorschlag des Leutnants Knüppel

wurden die Schuldigen festgenommen. Auf mehrere Fragen antwortet Lindig zunächst, er wisse nicht, welche Rolle Schulz gespielt habe. Er erinnert sich an nichts mehr. Als aber der Vorsitzende fragt: Sie sollen Oberleutnant Schulz überhaupt erst informiert haben? sagt plötzlich der Zeuge: Ich weiß wohl, daß wir darüber gesprochen haben. Er war durchaus meiner Meinung, daß die Täter dem Gericht übergeben werden müssen.

Auf Befragen den Rechtsanwalt Dr. Saab bestätigte dann Oberstaatsanwalt Gerlach, daß tatsächlich Oberleutnant Schulz ihn mit Hauptmann Lindig vor der Kommandantur Rüstern getroffen habe. R. A. Dr. Löwenthal: Dann haben sich die Arbeitskommandos eine Vollzeigewalt angemahnt, die sie nicht befehlen.

Es folgt die Vernehmung des Obersten Gudovius. Er sagt: Oberleutnant Schulz hat mich als Zeugen angerufen, daß er mir die Verhaftung der Gädike und Jante vorgeschlagen hat. Ich erinnere mich dessen. Ich billigte das auch, um beide vor der Wut der Kameraden zu schützen. Es habe vollständige Übereinstimmung darüber geherrscht, Jahne-Gädike vorläufig festzunehmen und sie dem Gericht zu übergeben. Schulz hatte den Befehl dazu von mir. Vorj.: Wie sah die vorläufige Festnahme aus, da doch die Arbeitskommandos eigentlich keine Strafgewalt hatten? R. A. Dr. Löwenthal: Durch Beantwortung dieser Frage könnte sich der Zeuge einer Verfolgung wegen Freiheitsberaubung aussetzen. Zeuge: Eine Strafgewalt in den Arbeitskommandos hatte ich nicht, aber es hatte sich in den Arbeitskommandos ein Einverständnis aller einer gewisse Disziplinergewalt herausgebildet. Das war eine interne Angelegenheit. Die Festnahme führte ich als Kommandant aus, genau so, wie ich später den Major Buchruder festnahm. Es waren beides außerordentliche Fälle, in denen ich mich als Polizei fühlte. Jeder, dem es nicht gefiel, wurde entlassen. Als R. A. Löwenthal danach fragt: Galt das auch für die Arrestanten? kommt es zu einem

scharfen Zusammenstoß mit dem Vorsitzenden.

Vorj.: Herr Dr. Löwenthal, es ist derselbe Fall wie gestern. Sie gehen zu weit. Ihre nächste Frage wird lauten, ob Gädike damit einverstanden war, daß er festgehalten würde. R. A. Dr. Löwenthal: Ich muß die Unmöglichkeit dieser Antworten doch nachweisen können. Vorj. (erregt): So, vielleicht behaupten Sie noch, der Kommandant von Rüstern habe die Hand zum Giftmord geboten. R. A. Dr. Löwenthal: Die

Einstellung ist hier allgemein gegen mich.

Als R. A. Löwenthal die Frage stellt, ob Schulz berechtigt war, Degradationen vorzunehmen, beanstandet Verteidiger Saab diese Frage. R. A. Löwenthal: Ich will nachweisen, daß Schulz Anweisung zum Mord geblieben hat. Das Gericht beschließt, die Frage nicht zuzulassen.

Bei der weiteren Vernehmung weigert sich Gudovius, Löwenthal zu antworten. R. A. Löwenthal stellt den Antrag, Erweiterung der Aussageerlaubnis für Oberst Gudovius zu erwirken. Daraufhin ist Zeuge Gudovius plötzlich bereit, die Fragen des Anwalts zu beantworten, da er nicht an einer Verzögerung der Verhandlung schuld sein wolle. Aber als der Rechtsanwalt fragt, ob der Oberst Gädike und Jahne erst dann dem Gericht übergeben habe, als man Garantien hatte, daß die Verhandlung nicht vor aller Öffentlichkeit stattfinden sollte, lehnt Gudovius die Beantwortung ab.

Vorj.: Herr Rechtsanwalt, ich kann dem Zeugen diese Einstellung nicht verzeihen. Wir haben denselben Fall wie gestern, als Sie den Zusammenstoß mit Amtsgerichtsrat Leigmann hatten. Das Vorgehen der Zeugen ist durch die Art Ihrer Fragestellung hervorgerufen worden. Sie können es einem juristisch nicht vorgebildeten Zeugen schließlich nicht verzeihen, daß er sich so einstellt, wie es Oberst Gudovius tut. Es gibt immer eine Grenze.

R. A. Dr. Löwenthal beantragt, auch diesen Vorgang zu protokollieren. Justizrat Mamroth: Herr Oberst, haben Sie von dem Fall gehört, daß Oberleutnant Schulz jemals eine Strafe verhängt hat? Zeuge: Nein, dazu hatte er auch kein Recht; denn er war nichts anders als Angestellter der Kommandantur. Vorj.: Herr Oberst, nach dieser Befragung müssen Sie auch auf Fragen des Herrn Nebenklägers antworten, denn Sie können selbstverständlich

nicht einseitig für Schulz aussagen.

Oberst Gudovius erklärt sich dazu auch bereit. Als aber Löwenthal die Frage an ihn richtet, ob Schulz als Zivilangestellter das Recht hatte, sich einen Gerichtsoffizier zu halten, verweigert der Oberst die Auskunft. Und als Löwenthal fragt, ob der Oberst das Recht hatte, Leute in Arrest zu halten, bis er die Sicherheit hatte, daß die Leute nichts sagen würden, erklärt Gudovius: Aber jetzt lehne ich es definitiv ab, noch irgendein Wort zu sagen. R. A. Dr. Löwenthal: Diese Erklärung genügt mir. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Die Kaffeebohne verlangt die Zutat von „Weber's Carlsbader“ zur stärkeren Entfaltung ihres Reichtums an Duft und Würze!

Moderne Winterkleidung zu niedrigsten Preisen

Herren-Mäntel	
Winterulster aus farbigen Flachsfasern	30 ⁰⁰
Winterulster aus marango- und gemusterten Stoffen	36 ⁰⁰
Winterpaletots mit Semikragen, marango oder schwarz Kakimo	50 ⁰⁰
Winterulster aus modern karierten u. gemusterten Stoffen mit Absteife, gute Qualität u. Verarbeitung	55 ⁰⁰
Rockpaletots marango und schwarz Cheviot in vollendeter Passform	65 ⁰⁰
Eleganter Ulster in bester Verarbeitung aus dunklen Stoffen mit Absteife	75 ⁰⁰
Winterpaletots, Maßersatz aus strahligen Rafinestoffen	95 ⁰⁰
Modell-Ulster aus besten Maltstoffen, in hervorragender Ausführung	110 ⁰⁰
Winter-Joppen	
Herren-Joppen zwirrifrig, hochgeschlossene, warm gefüttert	13 ⁵⁰
Winterjoppen hochgeschlossene Form mit Mull- u. Seidenschichten, grüner oder brauner Loden, 21.—	18 ⁰⁰
Winterjoppen aus kräftigem Trikotoden, warm gefüttert	24 ⁰⁰
Winterjoppen Sportform, verschiedene Farben und Formen	30 ⁰⁰
Sportjoppen aus vorzüglichem Trikotoden, warm gefüttert	38 ⁰⁰

Damen-Mäntel	
Wintermäntel aus gemusterten Flachsfasern	13 ⁵⁰
Flotter Mantel aus Velours de laise, Blumenform	29 ⁰⁰
Solider Frauenmantel Velours de laise, halb gefüttert	36 ⁰⁰
Eleganter Ottomans-Mantel halb gefüttert, in verschieden. Farben	39 ⁰⁰
Velours-Mäntel mit reichem Pelzbesatz, nette Formen	40 ⁰⁰
Elegante Wolplüschmäntel braun, grau auf Damassene	60 ⁰⁰
Persianer-Mäntel limit. gefüttert, hervorragende Ausführung	60 ⁰⁰
Sealplüschmantel hochgekrat, spärlic. Fütterung, vorzügliche Qualität	115

Pelze	
Herren-Sportpelz moderne Stoffbesätze, verschied. Pelz-Fütterung, Op. aus u. Walah. Hamster	125 ⁰⁰
Herren-Gehpelze u. a. in nach Qual. u. Fellart 275.—, 250.—, 145.—, 145.—, 175.—, 175.—, 175.—, 175.—, 175.—	175 ⁰⁰
Jagdpeleze Bayerische Lodenbesätze mit Schalpelzfütterung	195 ⁰⁰
Chauffeurpelze kräftige Stoffbesätze mit Schalpelzfütterung, Aermel- u. Handgelenk mit Windschutz, Schalpelz- oder Opposum-Futter, je nach Qualität und Art	135 ⁰⁰
Autopelze moderne Stoffbesätze m. Ueberkaro m. Schalpelz, Walah. u. Narra-Fütterung, austral. Opposum od. Opposum-Futter, je nach Qualität u. Fellart	250 ⁰⁰
Ledersportpelze für Herren und Damen, zohelgefüttert, Opposum-Seitenfütterung mit austral. Pelzfütterung	250 ⁰⁰
Pelzjoppen Schalpelzfütterung, Stoffbesatz in verschiedenen Farben	85 ⁰⁰
Pelzjoppen für Motorradfahrer, grüner Korbesatz, Lammfellfütterung, Opposum-Seiten- oder Biberfellfütterung	125 ⁰⁰
Damenpelzjacken schwarze Felle 175.—, Südschwanz 145.—, Sea elektrisch 85.—	67 ⁰⁰
Damen-Pelzmäntel Marmel 375.—, Seelekt 55.—, 250.—, 250.—	193 ⁰⁰

Weiterfeste Windjacke m. Absteife 27⁰⁰
Ledersportjoppen braun von 90.— an 59⁰⁰
Kamehaar-Lodenmäntel impragn. 38⁰⁰

BaerSohn

NUR Chausseestraße 29-30
Untergrundbahn Stuttiner Bahnhof

Knaben-Ulster, geschmackvolle Form, mollige Stoffe v. 11.— an
Jünglings-Ulster, eleg. Herren-Form, mod. Stoffe von 21.— an

Eine Kopeke.

Von A. Soritsch.

Verzeihung, ich habe nicht die Ehre, Sie zu kennen — aber haben Sie nicht zufällig von der Fischhandlung Jakob Dfiga u Sohn in Astrachan gehört? Sie sehen den Chef dieses Hauses vor sich, und zwar: Jakob Westropowitsch Dfiga. Ich selbst bin nur mit Kupfergeld erzogen worden und nicht mit besonderen Kenntnissen begabter, doch achte ich den Schriftmenschen; er hat viel Verstand. Einst haben wir gut gelebt, einen schönen Handel gehabt — trockene Fische, gefalzene, halbgefazene, gefrorene, rote Fische, Kaviar, bevor uns der Herrgott mit seiner Gnade verlassen hat. Doch im Jahre 1918 mußte ich mich zur Ruhe setzen und bis zum letzten Fischfang spielte ich mit Kindern, las die Werke des Herrn Reinkenow Petscherki, der von Bergen und Wäldern erzählt und ließ das Grammophon, das man für die Aufklärung der Massen damals noch nicht beschlagnahmt hatte, im Speicher Kirchentlieder des heiligen Wiksina spielen. Zur Zeit des vorigen Fischfangs kommt mein Sohn Gritscha zu mir und sagt: „Papachen, mir ist heute im Traum ein Floh erschienen. Er hatte viele Beine und fragte mit ihnen derart herum, daß die Wolken flogen.“ „Run,“ sagte ich, „das bedeutet Geld. Vom Floh wird das in jedem Traumbuch behauptet.“ „So ist es,“ sagte er, „das bedeutet Geld. Und deshalb werden wir in der ganzen föderativen Republik mit gefalzenen Fischen handeln.“ Natürlich schlug ich das Kreuz über ihn: Will er vielleicht bis zu den Sternen spucken? Was für einen Umsatz kann man heute machen? Das Staatsmonopol mit seinen Rubeln mußte uns doch sofort vernichten. „Das tut nichts,“ sagte er, „sie werden mit Rubeln und wir mit Kopeken fechten. Wissen Sie denn nicht, Papachen, daß die Monopolleute, die Fische verkaufen, kein Blut haben? Sie sind wie Gallerte, kalt und ohne Leben. Bevor die sich umdrehen, werden wir den halben Gang verkauft haben.“ Seit diesen Worten verlor ich die Ruhe und den Schlaf. Träume andauernd nur von Stör und Kaviar und so deutlich, daß es mir im Mund ganz solzig wurde und ich Kaviarförnchen zwischen den Zähnen spürte. Zu den großen Fasten borgten wir uns bei einem guten Menschen Geld mit 18 Prozent, kauften drei Waggon Stockfische und fuhren damit in die Stadt Nowgorod-Sewerstj zu den Kleinrussen. Das ist ein gesegneter Ort, weil die Kleinrussen während der Petersfasten ohne Fische und in derselben Lage sind wie die Schnepfen im Kornspeicher: viel Futter und nichts zu essen. Wir kamen an und erkundigten uns bei den Leuten, welches Staatsorgan sich hier mit Fischverkauf beschäftigt. Mein Sohn Gritscha ging zum Lager der Monopolleute, um als gewöhnlicher Bürger einen Fisch zu kaufen. Als er zurückkam, sagte er: „Unser Geschäft, Papachen, wird ausgezeichnet gehen.“ „Wieso denn?“ fragte ich, „ist die Ware unbrauchbar oder liegt es am Preis?“ — „Nein, die Ware ist frisch und nicht teuer, aber, verstehen Sie mich recht, für jeden Fisch müßten erst vier Quittungen ausgestellt werden und die Beute haben keine Geduld. Sogar der Kleinrusse, der sehr vorsichtig zu kaufen gewohnt ist, sogar der wartet und wartet und plötzlich schreit er, der ungebildete Mensch: „Tummelt euch doch, zum Teufel noch einmal!“ Man antwortet ihm ordnungsmäßig: „Bürger, wenn Sie keine Zeit haben, kaufen Sie anderstwu.“ — Das paßt uns. Erst nahmen wir uns vor, denselben Preis wie der Staat festzusetzen, dann aber ließen wir eine Kopeke nach, und mit dieser Kopeke wollten wir unseren Erfolg machen. Mittwoch eröffneten wir unseren Laden, setzten den Preis um eine Kopeke niedriger an als der Staat. Sonntag, muß ich Ihnen sagen, ist der staatliche Laden verlassen geblieben wie eine Telegraphenstange im Feld. Da kam der Verwalter zu uns und sagte: „Was macht ihr da? Ihr untergrabt den Staat?“ — „Machen Sie sich keine Sorge,“ sagte ich, „lassen Sie auch eine Kopeke nach. Das wird noch lange kein Verlust sein.“ — „Das kann ich nicht,“ sagte er, „diese Kopeke gehört nicht mir, sondern dem Staat. Für diese eine Kopeke dürfte man sich dorthin schicken, wo die Wölfe spazieren gehen. Ich habe aber schon eine Anfrage verfaßt und ihr habt nicht mehr als drei Tage zu atmen.“ Run, wir verkauften und er sandte Anfragen. Nach elf Tagen bekam er ein ausgefertigtes Schreiben. Um welche Kopeke es sich handle und von welchem Quantum man sie nachlassen solle: vom Zentner, vom Kilo, vom Duzend oder von jedem Fisch, und wie die Marktsituation sei. Der Verwalter antwortete und wartete wieder elf Tage. Dann kam wieder ein ausgefertigtes Schreiben. Wir haben noch immer Zeit, die Kopeke nachzulassen. Schreiben Sie uns aber Ihre Ansicht darüber, welcher Verlust uns aus dieser Kopeke erwachsen wird. Ferner machen Sie die Fischinventur. Wir verkaufen schon den zweiten Waggon, und er, der Arme, arbeitet bis in die späte Nacht hinein, zählt die Fische zusammen und schreibt eine Nummer nach der anderen auf. Dieser Kopeke wegen hat er sich sogar eine Mappe gekauft, um die Berechnungen dort aufzubewahren — ein ordnungsliebender Mensch. Um der Sache ein Ende zu machen: sie schrieben einander anderthalb Monate. Wir verkauften alles und ließen in der Kirche ein Leduum beten. Die Erlaubnis, besagte Kopeke nachzulassen, kam erst, als die Stockfischjohaien vorbei war. Da sagte mir mein Sohn Gritscha: „Papachen, habe ich Ihnen nicht gesagt, daß die Monopolleute machtlos sind? Sie haben Rubel, und wir besiegen sie mit einer Kopeke.“ Und ich sehe, daß es wahr ist, solange Gott unsere Sünden verträgt. Und jetzt bereiten wir schon die zweite Partie vor.“ (Aus dem Russischen von Lisa Brod.)

Auf einer Estanzia.

Stimmungsbild vom argentinischen Landleben.

Von Frih Carl Hoegels.

Man tritt aus dem Haus und sieht sich um: die Welt ist nur noch eine runde grüne Scheibe — vielleicht auch mal silberne, vom Tau oder auch vom Reif. Oder an einem düstigen warmen Nachmittage vermischt sich die schatze, grüne Horizontlinie mit einem weichen blauen Ton, so daß sie in die tiefblaue Luft überzugehen scheint. Aber es ist nur der Farbton, den die wechselnde Beleuchtung verändert. Die Sache an sich bleibt unweigerlich dieselbe: ein vollkommen flaches, grünes Kreisland rings um einen herum. Ein Mensch ohne Pferd oder ohne Wagen ist in diesem unabhänger grünen Zirkel ein Mensch ohne Beine. Er sitzt in seiner Cosa so einsam wie auf einer Insel im Ocean, abgetrennt von der Welt. Alles reitet, der Herr und der Knecht — und wenn es Bettler gibt, sogar die. Wie soll man sonst weiterkommen? — Die Land-

Das deutschnationale Betrugsmanöver.



Es ist ein aller Teufel jener Kreise, Armen falsches Geld zu geben! strecken sind ungeheuer. Wo es Eisenbahnen gibt, liegen die Anlieferungen doch oft so weit, weit von den Bahnhöfen, und die Arbeitsfelder ein und derselben Estanzia wiederum liegen viele Kilometer weit auseinander. Es geht über oft herzlich schlechte Wege oder meistens quer über den Camp; da ist das Pferd, stark, campgewohnt und vernünftig, das rascheste und sicherste Fortbewegungsmittel. Melancholisch ist das, diese ewige, unabhängbare Fläche ohne Baum und Strauch, ohne Haus und Hügel. Es stimmt das Gemüt nicht heiter; eher schwermütig und nachdenklich. Und man denkt unwillkürlich, dieses Land, erst regiert und bevölkert, müßte einmal eine schwere und nachdenksame Sorte von Menschen hervorbringen. Vielleicht ist dieses harte und einsame Leben leichter für Männer als Frauen zu ertragen und für den Estanziero und Ragordomo wiederum leichter als für seine Leute. Die Estanzierfamilie kann doch öfter in die größeren Bequemlichkeiten der Kulturwelt flüchten. Viele Landbesitzer leben überhaupt nicht draußen, sondern in Buenos Aires oder Europa und überlassen ihrem Ragordomo die Bewirtschaftung der Estanzia. Aber was kann man sich einsamer denken, als das Leben einer Postersfamilie. — Der Postero, sehr weit von den Gebäuden der Estanzia postiert, hat Tausende von Hektaren zu überwachen, ob die Windmühlen in Ordnung sind, die Wasser in die Tränkrinnen und Tarpumpen fürs Vieh schaffen, ob ein Stück Vieh krank oder gefallen ist, ob die Tiere Drahtseilzäunungen eingerissen haben, die auf ungeheure Entfernungen hin das ganze Weideland in einzelne Parzellen zerlegen. Der Mann liegt den ganzen Tag über — oft auch die Nächte — im Sattel, die Frau ist mütterleckenallein in der grünen Einsamkeit und immer auf sich allein angewiesen. Was zart ist, paßt eben nicht auf den Camp und geht einfach zugrunde. Langweilig erscheint uns der Camp, wenn man ihn vom Bahnwagenfenster aus sieht. Langweilig und einsam und schwermütig. Aber die grüne, flache Einsamkeit belobt sich, wenn man hindurchreitet — oder fährt. Und wenn man mit einem erfahrenen „Campmann“ reitet oder fährt, da lernt man begreifen, wie Menschen es darin aushalten und wie sie diese eintönige Ebene sogar lieben können: einfach, weil für den, der hier zu Hause ist, der Camp seine Eintönigkeit verliert. Da reiten wir von hause weg in den Camp hinaus. In den Poteros dicht bei der Estanzia grasen die wertvollen Zuchthengste und -ullen. Da sehen wir edel beladene Hengste und Durhambullen, für deren „Schönheit“ dem Richtzüchter das richtige Verständnis abgeht. Auch wenn er schwarz auf weiß gesehen, daß die großen Züchter für so ein Geschöpf bis 60.000 Pesos ausgeben! — Daneben grasen die zahmen Reit- und Wagenpferde, um bei Bedarf leicht eingefangen zu werden. Dann kommen die viel größeren Umzäunungen, in denen die archen Herden achen, Tausende von Kindern und Pferden! — Da läuft die Glade einer Madrinas, d. h. einer Stute, an die ein bestimmter Trupp Pferde, eine Tropilla, gewöhnt ist. Im nächsten Potero kommt eine Herde

Rosillos (junge Stiere) auf uns zu, und in der Ferne sehen wir unzählige Schafe weiden. Sieht ist der Camp noch grün und frisch, aber wehe, wenn die Sandplagen kommen! Dürre und Heuschrecken — das sind die bösen Geister des argentinischen Landwirts. Die Dürre, wenn die grüne Scheibe gelb und braungrau wird, und unter ehernem Himmel alle Kreatur, Pflanze und Tier und Mensch, vergebens nach dem erlösenden Regen höhnt; die Heuschrecken, wenn der ganze weite Camp plötzlich lebendig wird von wahren Armeekorps, die Kilometer um Kilometer bedecken und nicht ein Hälmchen, nicht ein grünes Blatt hinter sich lassen. Ich sah vor mehreren Jahren einen Schwarm, der auf einer Estanzia in Corrientes für 200.000 Pesos auf Samen gezogenen Malsafalen abtrah! — Jeder, der einmal einen solchen Schwarm gesehen hat, schüttelt sich und sagt, es sei etwas Grauenhaftes. Wir reiten weiter und kommen an eine Laguna, die voll Wasser steht und ordentlich Wellen schlägt wie ein richtiger See. In dieser finden wir eine Eidechsenart, die im ausgewachsenen Zustande fast so groß ist wie ein Krokodil. — Hinter der Laguna beginnt ein Endchen schlechteres Land, Urcomp, mit buschigem Gras, des stellenweis über zwei Meter hoch ist und Mensch und Tier vollständig bedeckt. Der Boden ist hier undurchlässig, die feste Tosca tritt bis an die Oberfläche, und das Regenwasser bildet Lämpel und kleine Moräste. Hier ist noch ein Paradies für Jäger — Wildenten, Rebhühner und Rebhühner gehen hoch, und zumellen stört man auch einen Puma auf. Hat man Glück, sieht man an den Lämpeln Flamingos stehen. Die Pferde treten vorsichtiger, da der ganze Boden von den Bauten der Piscachos (eine Fuchsoart), Gürteltiere und Stintiere wie ein Sieb durchsichert ist. Die Campferde vermeiden die Löcher mit einer verblüffenden Geschicklichkeit und brechen höchstens an einer unsichtbar unterwühlten Stelle ein. Wir kommen zu dem Bflugcamp. Rössen begleiten die Kolonnen der Pflüger, die breiten eisernen Diskussagen je mit einem Fahrer und mit vier starken Gäumen davor und mit der Stillschleifung von Artilleriebatterien, in Zügen von je vieren fahrend. Diese riesigen Sirenen erfordern eben eine Bearbeitung im großen. Diese Arbeiter im Camp haben gerade kein weiches Leben, da kann man des Abends nicht zur weit entfernten Estanzia zurück. Vor Sonnenaufgang beginnt die Arbeit, und des Nachts schläft alles, Arbeiter wie aussichtführender Capatag, bei der jeweiligen Arbeitsstelle, unter Wellblech oder Zeltleimwand auf dem Erdboden; die Estanzia liefert Fleisch und Mate (Te) heraus — der Koch kocht sich trockenen Wirt und tocht draußen ab; Wasser muß von der nächsten „Mühle“ geholt werden. Ich glaube, in Deutschland denkt sich manch einer das „freie argentinische Leben“ auch ein bisschen anders, als tags zwischen diesen endlosen Ackerfurchen und nachts in einer arbeitslosen Hütte, zu der bel einem ordentlichen Regenguß das Wasser hereinläuft.

Neue Fortschritte der Wissenschaft.

(Das zertrümmerte Diamantenatom. — „Flüssige Strahlen“, ein neues Heilmittel.)

Auf dem Gebiete der strahlenden Energie sind in den letzten Tagen in Wien und in Berlin bedeutungsvolle Fortschritte gemacht worden, die für die Entwicklung der Wissenschaft von höchster Bedeutung sind. In Wien ist es Professor Dr. Petterion gelungen, die Zertrümmerung der Atome durch Alfa-Strahlen, wie sie Rutherford gelehrt hat, so weit zu verbessern, daß es gelang, in einer Minute hundert Atome zu zertrümmern, wie Rutherford in einem Jahr vollbracht hatte. Bekanntlich hat Rutherford durch seine, vom Radium ausgehende Geschosse die Atomkerne beschossen, wodurch es ihm hin und wieder gelang, einen solchen Atomkern zu zertrümmern. Es war nicht immer leicht, den Atomkern zu treffen, zumal der Atomkern zu dem gesamten Atom sich ungefähr verhält wie eine Erbse zu der Größe eines Saales. Die Methode Rutherford wurde durch Petterion stark verbessert, und es gelang ihm, Kohlenstoffatome zu zertrümmern, wobei er für den Kohlenstoff Diamantenatome als reinkste Form des Kohlenstoffes gewählt hatte. Von Interesse ist eine Mitteilung, daß durch eine sinnreiche Einrichtung Professor Petterion es möglich machte, das Ausstrahlen der Radiumstrahlen auf die Atome hörbar zu machen, und zwar so deutlich, daß es wie ein leises Gemehrfeuer im ganzen Saal vernommen werden konnte. Dies ist allerdings nicht sehr erfreulich, wenn man daran denkt, daß es bereits gelungen ist, das Anrischen der Eisenatome hörbar zu machen, die sich bei Magnetisierung des Eisens innerhalb des Eisens gerade richten, um dadurch das Eisen magnetisch zu machen. Auch die Sphärenmusik der durch das Weltall fahrenden Sterne ist ja bereits mit Hilfe der feinen modernen Apparate hörbar gemacht worden. Der große Fortschritt Professor Petterions liegt darin, daß nunmehr die Zertrümmerung der Atome nicht zufällig erfolgt wie bisher, sondern in großem Maße durchgeführt werden kann. Die künstliche Zertrümmerung der Atome ist also einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen und damit die Möglichkeit, Energien in ungeheurem Maßstabe ohne Kohle zu gewinnen. Ein anderer sehr wesentlicher Fortschritt der Wissenschaft, insbesondere der Heilkunde, wurde vor einigen Tagen in einem Vortrag des Professors Lazarus in der „Berliner Medizinischen Gesellschaft“ mitgeteilt. Es gelang nämlich dem Professor Lazarus, die heilwirkende Kraft des Thorium X und somit der strahlenden Energie dadurch dem Körper in viel konzentrierter Form zuzuführen als bisher, daß er die Strahlen flüssig machte und dadurch gewissermaßen die flüssigen Strahlen den kranken Stellen zuführte. Wir wissen, daß die harten, kurzwelligigen Strahlen des Radiums und der radiumhaltigen Stoffe in der Behandlung von Geschwülsten aller Art von großem Einfluß sind. Es sind schon vor vielen Jahren in Wien von Professor Bergell Versuche gemacht worden, diese strahlende und heilkräftige Energie dem Körper auf andere Weise zuzuführen, indem Umschläge hergestellt wurden, die in radiumbestrahltes Wasser getaucht waren. Die bioherischen Versuche waren aber ziemlich erfolglos. Nun hat Professor Lazarus Thorium X dadurch der Geschwulst zugänglich gemacht, daß es in Wasser aufgenommen wurde. So konnten durch tropfenweise Einspritzung diese flüssigen Strahlen der kranken Geschwulst direkt zugeführt werden. Es wurden dadurch nicht nur kranke Geschwülste bei Ratten zum Verschwinden gebracht, sondern die Geschwülste hatten auch dadurch offenbar den kranken Charakter verloren, da es nicht mehr möglich war, diese Geschwülste zu überimpfen. Außerdem hat Professor Lazarus die flüssigen Strahlen dazu benutzt, die Geschwulst abzuschneiden, indem er die Strahlen um die Geschwulst herum auftrug und dadurch eine bindegewebeartige Kapselform hervorrief. Die Behandlung von Krebsgeschwülsten mit strahlender Energie ist dadurch offenbar erheblich verbessert worden, zumal durch Versuche festgestellt wurde, daß die mit den flüssigen Strahlen behandelten Krebsgeschwülste der Bestrahlung viel zugänglicher sind als gewöhnliche Geschwülste, denen nicht die flüssigen Strahlen injiziert worden sind. Die Kuh mit dem Holzbein. Eine Kuh mit einem hölzernen Bein ist eine Sehenswürdigkeit, die sich auf dem Gut einer Witte Penrose in Glastield in Neu-Südwesten befindet. Das Tier brach sich, als es 18 Monate alt war, das eine Bein. Da das Glied, trotzdem es in Bandage gelegt wurde, nicht heilen wollte, so entschloß sich Witte Penrose, die eine tüchtige Tierärztin ist, das Bein abzunehmen und stellte für die Kuh ein künstliches Holzbein her, das sie ihr anlegte. Mit dieser Prothese befindet sich die Kuh sehr wohl. Sie ist jetzt acht Jahre alt, hat drei Käbber geholt und gibt sehr viel Milch.

